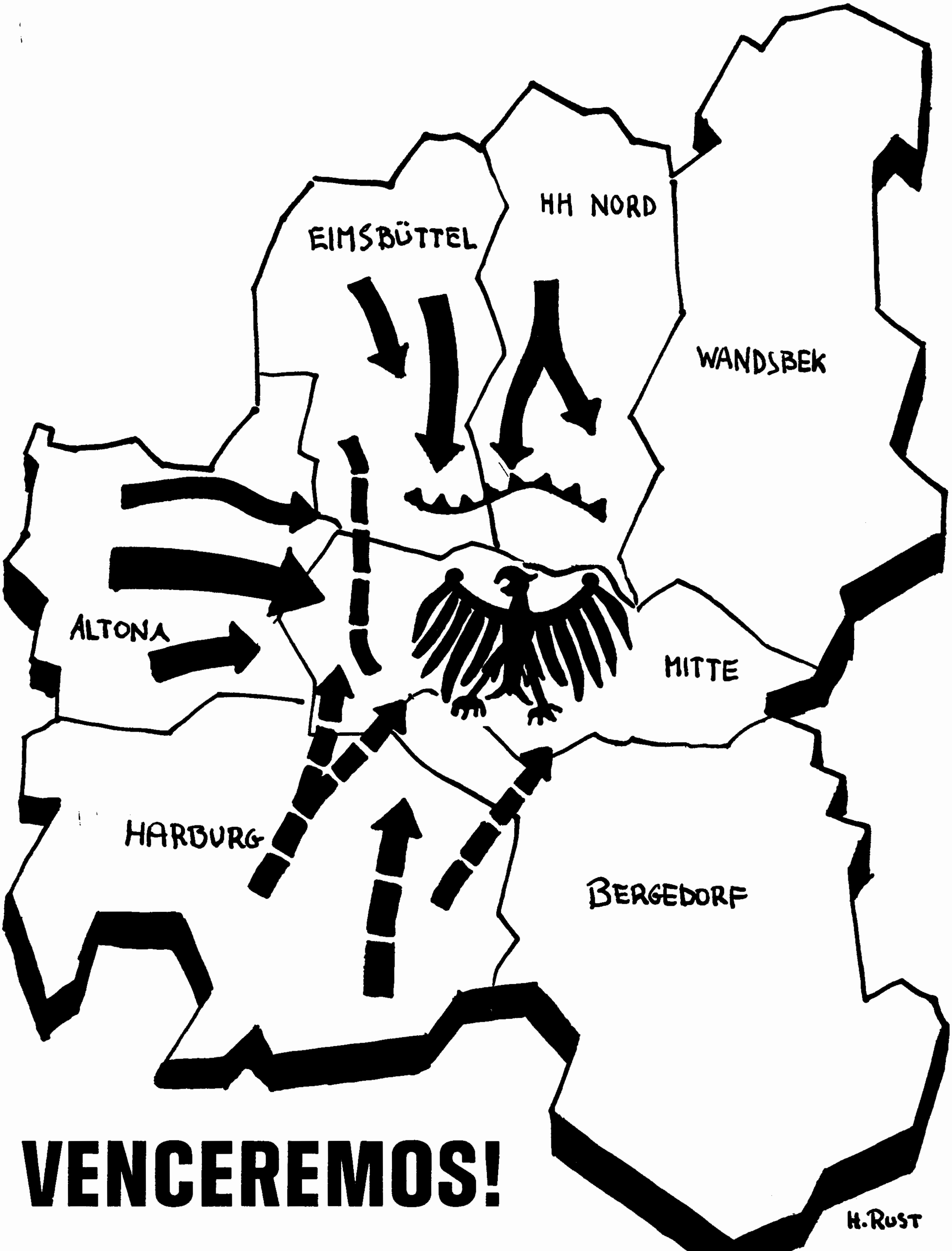
sigbert hälle

auditorium

59

Januar/Februar 1969

C 20825 F



VENCEREMOS!

auditorium

hamburger studentenzeitschrift

in diesem Heft

Nächster Redaktionsschluß: 14. 4. 69

Impressum: Ausgabe Januar 1969, Verlagsort Hamburg.

Redaktion: Ulrich Weiße (verantw.), Frithjof Rendtel, Barbara Wolff.

Titel: Holger Rust.

Mitarbeiter dieses Heftes: Detlev Albers, Autorenkollektiv Pädagogik, Dietrich Böhler, Manfred Langehennig, Manfred Lohnstein, Reinhold dJ Oberlercher, Projektgruppe Pädagogik, Christine Radbruch, Holger Riemer, Wolfgang Schmerder, Hans C. Steinhausen, Arnold Svensson.

Herausgeber: AStA der Universität Hamburg, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 7, Tel. 4 10 30 64.

Verkaufspreis: –,30 DM.

auditorium erscheint siebenmal im Jahr, viermal im Winter- und dreimal im Sommersemester / Zur Zeit gilt Anzeigentarif Nr. 7 / Bankverbindung: Dresdner Bank, Harvestehude 460 20.

Druck: Zeitungsverlag Krause KG, 216 Stade/Elbe, Poststraße 11–15.

Auflage dieser Ausgabe: 10 000.

Vorlesungs- und Seminarkritiken werden anonym veröffentlicht. Die Namen der Verfasser sind der Redaktion bekannt.

Richtigstellung

Die in meinem Artikel „Verlorene Opposition", auditorium 57, erwähnten Mitglieder der Matzpen-Gruppe wurden wegen ihrer antizionistischen Parolen am 11. 10. 68 nicht zu Gefängnis- sondern „nur" zu Geldstrafen verurteilt; vgl. Bericht der „Jerusalem Post" vom 12. 10. 68.

Detlev Albers

Projektgruppe Pädagogik

Basisarbeit

Die Spitze hat gewechselt. Wenke ist abgeschossen, jetzt ist Roeder, der Marxist, unser Oberchef. Aber geändert hat sich nichts. Die Pädagogik von Wenke und seinen Kampfgenossen wird am P. I. weiterzelebriert. Es herrschen Spranger, Nohl, Litt, Flitner. Die Oberregie hat gewechselt, aber die Studentenschaft ist immer noch nicht aus ihrer Lethargie gerissen. Man schafft leise vor sich hin. Besonders in den Proseminaren wird ein unwahrscheinlicher Verschleiß studentischer Arbeitskraft getrieben, was den Erfolg hat, daß die noch halbwegs wachen Neuankömmlinge sogleich in den allgemeinen P. I.-Schlaf versetzt werden.

Projektgruppe Pädagogik

Seit Anfang des Semesters entsteht am P. I. eine sog. Basisgruppe. Sie besteht zum größten Teil aus jüngeren Semestern, denen diese offensichtliche Verdummung unerträglich ist. Wir wollen so nicht mehr mitmachen! Im Gegensatz zu den politischen Hochschulgruppen, Parlamenten und Fachschaften stellen wir nicht den Anspruch, jemanden zu vertreten, der selbst dazu zu faul ist — bzw. durch seine bisherige Erziehung unfähig, sich selbst zu vertreten.

Wir sind selbst die Basis. Wir vertreten unsere eigenen Interessen als unmittelbare Produzenten.

Forderungen und Strategie

Im Moment fordern wir (wir taten das z. B. auf einer Wandzeitung, die von P. I.-Angestellten auf Befehl des Verwaltungschefs Herrmann mit Gewalt wieder abgerissen wurde. Es besteht bei uns im P. I. also wirklich schon eine Notstandssituation: der Art. 5, GG (freie Meinungsäußerung) ist außer Kraft gesetzt):

1. Unbeschränkte Informationsfreiheit (Wandzeitungen im P. I.)
2. Öffentlichkeit aller bisher-Mauscheleien
3. Innere Seminardemokratie, Abschaffung aller Prüfungen, Klausuren und Scheine
4. Bestimmung der Lern- und Forschungsprojekte nach emanzipatorischen Kriterien.

Diese Formalien werden wir zuerst einmal exemplarisch bei Müller und Döbertin durchsetzen, und zwar aus folgenden Gründen: Müller ist außer „abgeordneter Lehrer an der Uni" stellvertretender Direktor und Lehrer am Hansa-Gymnasium Bergedorf. Wir sowie die Schüler haben ihm viel vorzuwerfen, es ergibt sich also die günstige Situation für uns als zukünftige Lehrer mit den Schülern zusammenzuarbeiten an einem neuen Selbstverständnis der Erziehungswissenschaft, was im Moment bedeutet: Solidarische Aktionen Schüler — Studenten. Döbertin ist ebenfalls mehr als einer der vielen autonomen Geisteswissenschaftler. Er ist in der SPD, in der Bürgerschaft und im Hochschulausschuß. In der Uni ist er der einzige Lehrende für politische Didaktik. Abgesehen von seiner fachlichen Unfähigkeit greifen wir in ihm die gesamte Institutionen- und Senatsbürokratie an sowie die Parteien, die versuchen, ihre Interessen in der Universität einzubauen. Unsere Aufgabe ist es also, die, die wir für untragbar halten, exemplarisch abzuschießen. Der restliche, vielleicht noch nicht verlorene Teil des Lehrkörpers soll gleichzeitig zum Denken genötigt werden und endlich einmal vor den Studenten Farbe bekennen.

Die Demokratisierung der Seminare ist die erste äußerliche Voraussetzung für die inhaltliche Demokratisierung bzw. Emanzipation. Sie könnte bei einer größeren Anzahl von Studenten das Bewußtsein über ihre eigenen inhaltlichen Forderungen erwecken, Lern- und Erkenntnisfähigkeit entwickeln, selbstbestimmtes, statt fremdbestimmtes Arbeiten, Lernen und Leben antizipieren.

Inhaltliche Forderungen, Lehrveranstaltungen

Man braucht sich nur das Vorlesungsverzeichnis unter Erziehungwissenschaft anzusehen, um die Notwendigkeit der Abschaffung von 9/10 dieses wuchernden Stundenplanes zu erkennen. Sein eigentliches Ziel scheint die Vernichtung von Produktivkräften zu sein. Ohne alle diese leeren Vorstellungen würde am P. I. sicher weniger Unheil angerichtet.

Deshalb fordern wir, daß in Zukunft unter der Beteiligung aller Interessenten nach den Kriterien emanzipatorischer Relevanz die Lehrpläne aufgestellt werden.

Wir brauchen z. B. die Möglichkeit, über folgende Themen zu arbeiten und zu lernen:

1. vorschulische propädeutische Erziehung
2. allgemeine Didaktik als politisches Problem
3. Möglichkeiten zur allseitigen Disponibilität des Individuums, die zum Bedürfnis des technologischen Fortschritts selbst wird
4. polytechnische Bildung
5. Arbeitsstörungen (sozialpsychol. und materiell)
6. Relevanz und Funktion der Prüfungen.

Arnold Svensson

Studentenvertreter trinken keinen Tee

oder
Theoretisieren tut not

Soweit zu übersehen, kriselt es im System der Studentenvertretungen auf Instituts- bzw. Seminarebene. Die Mitglieder der Fachschaftsräte sehen sich zunehmend isoliert oder stehen vor dem Bankrott ihrer bisherigen Politik.

Gescheitert ist die naive Politik der zweiseitigen Verhandlungen „von Mann zu Mann". In teilweise „harten Gesprächen" – so berichten Studentenvertreter höheren Semesters – sollten die Ordinarien für Reformen einsichtig werden. Diese Mauschelpolitik ist gescheitert, weil sie von der irrigen Annahme ausging, die Ordinarien seien an einer Verringerung ihrer Machtstellung interessiert. Diese Politik war insofern eine eklatant apolitische, als sie eine alte Weisheit für gering achtete oder sie gar nicht kannte: die Weisheit nämlich, daß eine erfolgreiche Politik eine Machtposition voraussetzt.

Irritiert an ihrer Politik des good will müssen verdiente Studentenvertreter moralinsauren Gesichts erkennen, daß ihre Arbeit in Kommissionen und für „Reformmodelle" nichts anderes war als Vergeudung revolutionärer Arbeitszeit! Eine neue Studentengeneration – zumindest in Westdeutschland – geht von dem Kalkül aus, daß mit den Ordinarien nur von einer Machtposition aus zu verhandeln ist. – Die Macht der Studentenvertreter besteht aber einzig in den von ihnen mobilisierten Studenten.

Die Grundfrage jeglicher Strategie einer studentischen Politik ist daher: Wie sind die Studenten zu mobilisieren? Dabei sind meiner Meinung nach drei Prämissen zu berücksichtigen:

1. Politisches Bewußtsein ist nur durch die Information zu erreichen; es gilt, die Informationsarbeit um ein Vielfaches der bisherigen Praxis zu erhöhen.

2. Politisches Bewußtsein zielt ins Leere und verpufft in einer nutzlosen Verinnerlichung, wenn keine politischen Aktionen dieses Bewußtsein in die Praxis übertragen. Mit anderen Worten: Erst das Zusammenspiel von Theorie und Praxis wird einen Mobilisierungseffekt abgeben für eine konkrete Macht der Studentenvertreter.

3. Die konkrete Macht muß wirksam zur Erreichung autonomer Machtpositionen der Studenten genutzt werden.

Ist die Strategie einsichtig geworden, so haben die Studentenvertreter für ihr weiteres taktisches Vorgehen Marx zu verdrängen. Marx konnte nicht wissen, was die Schwierigkeit aller linken Politik im Spätkapitalismus ist: das verschüttete Bewußtsein der zu befreienden Individuen. Ohne hier auf Parallelen zur spätkapitalistischen Gesellschaft einzugehen, sei nur darauf hingewiesen, daß auch an der Universität die Zeit gegen die Emanzipation der Individuen arbeitet. Ein permanenter Leistungsdruck wird von den Studenten rationalisiert; ein künstlicher Konkurrenzkampf (Team-Arbeit wird verpönt) treibt die Studenten in die Vereinzelung. Die Organisation des Lehrbetriebs mit punktuellen Leistungsprüfungen und Eröffnung der Zensur einer Arbeit „unter vier Augen" tun ein Übriges zur Verdrängung studentischer Bedürfnisse.

Was nach Marx dem Menschen qua eigener Lage einsichtig werden soll, müssen heute die Studentenvertreter leisten: Taktik einer jeden Studentenvertretung muß es sein, latente Bedürfnisse bewußt zu machen. Ansätze für eine solche Arbeit lassen sich an mehreren Punkten finden:

1. Abbau des Konkurrenzkampfes z. B. in den Geisteswissenschaften: keine Vergabe mehrerer Referate zum selben Thema. (Argument der Ordinarien: die Vergabe mehrerer Arbeiten e r l e i c h t e r n m i r das Zensieren!)

2. Öffentliche Kontrolle der Bewertung von Arbeiten;

3. Abschaffung der mündlichen Prüfungen; zynisches aber nur im engsten Kreise geäußertes Argument der Ordinarien: „Spätestens in der mündlichen Prüfung bekomme ich die Burschen schon!" (Das Wissen einzelner Studenten über dieses Lotteriespiel läßt sich für alle Studenten potenzieren, indem man die Erfahrungen ehemaliger „Prüfungskandidaten" veröffentlicht.)

4. Entscheidungskompetenzen der Studenten bei Bücheranschaffungen; jede Studentenvertretung sollte vorerst daraufhinwirken, daß die Studenten die neuerdings ausliegenden unverbindlichen Listen zur Transmission studentischer Wünsche zumindest ignorieren!

5. Studentische Mitbestimmung bei der Ausarbeitung des Lehrprogramms; die Lehrfreiheit muß ihre Grenzen in der Lernfreiheit finden.

6. Studentische Mitbestimmung bei Berufungen; die Universität regeneriert sich seit Humboldts Zeiten: neuen Methoden und Disziplinen begegnet mindestens Mißtrauen (Politologie, Soziologie).

Die studentische Politik muß davon ausgehen, daß sich die Machtverhältnisse an einem Institut/Seminar nicht von heute auf morgen ändern werden. Ziel der Studentenvertretung muß es sein, a u t o n o m i s c h e M a c h t p o s i t i o n e n zu erreichen (siehe hierzu auch: André Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus). Das heißt konkret: alleinige Entscheidungsbefugnis über ein Mentoren- oder Tutorenprogramm, Mitbestimmung über Arbeitsziele und -bedingungen an den Instituten/Seminaren.

Sind sich die Studentenvertreter immer dessen bewußt, daß die Ordinarien sie nur zu gern in ihren Machtapparat integrieren möchten, werden sie der Gefahr einer Integration eher entgehen. Über den politischen Alltagskampf sollte auch nie das Fernziel aus den Augen verloren werden: die Emanzipation des einzelnen Studenten. Der Gefahr der Integration ist konsequent nur dadurch zu begegnen, daß jegliche unverbindliche Kommissionsarbeit abgelehnt wird. Eine punktuelle Zusammenarbeit mit den Ordinarien dürfte davon abhängig sein, wieviel Entscheidungskompetenzen die Ordinarien bereit sind, an die Studenten abzutreten. Tee sollte keinem Studentenvertreter mehr schmecken!

Nach der Veröffentlichung der Hochschulgesetzentwürfe sind einige Ordinarien aufgewacht und girren um eine ordinariophile Politik. Für die Studentenvertretungen eröffnet sich hierbei ein neuer Aspekt, studentische Forderungen effektiv anzumelden. Aus der Erkenntnis, daß die beamteten Ordinarien nichts gegen staatliche Verfügungen unternehmen können, bietet sich die Möglichkeit an, auf Teach-ins den Wissenschaftsbegriff einer größeren Öffentlichkeit zu verdeutlichen und den Ordinarien zu zeigen, daß man nicht bereit ist, für allein ihre Autonomie zu kämpfen. In der aufgeweichten Ordinarienfront ist bei denen der Hebel anzusetzen, die bereit sind, die – notwendige – Autonomie der Universität zu retten – und sei es um den Preis studentischer Mitbestimmung.

Reinhold dJ Oberlercher

Strategie des pädagogischen Umsturzes

Pädagogischer Umsturz ist die Revolution der pädagogischen Produktion. Pädagogische Produktion ist die Produktion der Ware Arbeitskraft unter den Bedingungen fortgeschrittener Qualifikationsstrukturen, wo zusammengesetzte Arbeit gegenüber der einfachen vorherrscht. Die Revolution dieses besonderen und strategisch zentralen Produktionsbereiches bedeutet Aufhebung dieser Produktion als Warenproduktion. Die bislang starre, ständisch gegliederte, pädagogische Produktion einmal umgestürzt, kommt sie ins Rollen, die Revolution in Permanenz wird ihr Prinzip, wie es das der materiellen Produktion — und unter den Verwertungsbedingungen des Kapitals auf diese beschränkt — schon ist.

Die Revolte ist dabei, nach und nach die gesamte Jugend, ökonomisch gesehen den gesamten Ausbildungssektor zu ergreifen, aber auch, wenn die Revolte jene erfassen wird, die in der materiellen Produktion stehen, werden es in vorderster Front die gefesselten **Lern**kräfte der proletischen Klassen sein, welche gegen die bornierten Produktionsverhältnisse revoltieren.

Historisch und systematisch primär ist nicht der pädagogische und erst recht nicht der materielle Umsturz, sondern der theoretische. Diesen Umsturz aller bisherigen Theorie hat Marx mit der systematischen Analyse kapitalistischer Warenproduktion geleistet, und seit diesem Umsturz der Theorie, der die permanente Revolution der Theorie an der Praxis (d. h. materialistische Dialektik) als das Prinzip historischer Wahrheit entdeckte, ist uns allen arbeitsteiligen Wissenschaften gegenüber ein Kriterium an die Hand gegeben, das über Leben und Tod solcher Disziplinen entscheidet: Jede Wissenschaft, die sich qua Wissenschaft nicht mit der Warenanalyse vermittelt, ist idiotisch, d. h. uneinsichtig in das Ganze, in ihren Zusammenhang mit der Gesellschaft. Selbstbewußt mit der Warenanalyse sich vermitteln kann jede Wissenschaft nur, wenn sie die Dialektik ihrer eigenen Inhalte entfaltet und die besonderen Erscheinungsformen, in die der Warenwert als das gegenwärtig existente Allgemeine ihre wissenschaftlichen Gegenstände präformiert, aufweist sowie den je konkreten Widerspruch zwischen der Gebrauchsgegenständlichkeit bzw. Eigengesetzlichkeit ihrer Produkte und Inhalte und deren gesellschaftlicher Verkehrsform als Ware.

Ziel und Waffe des wissenschaftlichen Bürgerkrieges in den Bildungs- und Forschungsbetrieben ist die Analyse aller Disziplinen als arbeitsteiliger Warenproduktion, wissenschaftliche Liquidation der bürgerlichen Ideologien und politische Liquidation ihrer Propagandisten durch eine Selbstorganisation der unmittelbaren Produzenten, die Privatleben, Studium sowie politische und militärische Aktion einbeziehen muß.

Die Warenanalyse ist geleistet, wir haben sie lediglich auf die jeweilige Produktionssphäre anzuwenden, um eine Strategie zu entwickeln. Die Strategie, die der Hochschulrevolte bisher zugrunde lag, sei an den Hamburger Ereignissen exemplifiziert:

Zu Beginn des SS 67 hatte der SDS Hamburg eine Hochschulstrategie entwickelt (vgl. E. Neckermann, Hochschulpolitik in Hamburg), die auf der Lehre Mao Tse Tungs und den Erfahrungen des Berliner SDS beruhte. Es bestand ein 3-Phasen-Plan:

1. Die „defensive Phase" sollte mit dem SS 67 zusammenfallen und durch theoretische Akkumulation in Fragen der Hochschulreform sowie dem Einnisten in die Fachschaftsräte gekennzeichnet sein. Mit dem SP-Wahlkampf am Ende des SS sollte

2. die „Übergangsphase" beginnen, in der radikale Aktionen von Minderheiten gegen die Universitätsadministration zu starten sind. Bis Weihnachten war der Übergang in

3. die „offensive Phase" geplant, die durch eine Politik der permanenten Universitätsrevolte, mit der studentischen Massenaktion (Teach-in, Go-in, Sit-in) als Hauptkampfmittel, gekennzeichnet ist.

Der Ansatz unserer Hochschulpolitik war in seiner wissenschaftlichen Methode ideologiekritisch und in seiner politischen Praxis radikaldemokratisch. Für eine revolutionäre Politik fehlte uns die Voraussetzung, nämlich die Analyse der Hochschule als Produktionsstätte qualifizierter Arbeitskraft und theoretischer Produktionsmittel. Dies Fehlen einer materialistischen Analyse des Sektors der geistigen und pädagogischen Produktion erklärt den voluntaristischen und anarchistischen Anstrich unserer Politik, die in den direkten Aktionen ihr Artikulationsmedium suchte und so selbst auf den sozialistischen Anspruch oft verzichtete.

Die gesellschaftlichen Widersprüche aktualisierten sich schneller als erwartet, insbesondere durch scheinbar außenpolitische Ereignisse wie den Schah-Besuch. Die Aktionen, die auf den 2. Juni folgten, exemplifizierten sowohl die Stoßrichtung unserer Politik wie vor allem die Abwiegelungsstrategie der sozialdemokratischen Studentenpolitiker. Der rechte SHB-Asta startete eine studentische Aufklärungskampagne für die sogenannte Bevölkerung: das hatte objektiv die Funktion, die durch Ohnesorgs Tod mobilisierten Studenten von den gesellschaftlichen Fesseln ihres eigenen Arbeitsplatzes abzulenken und eine Verschärfung inneruniversitärer Widersprüche zu verhindern. Der Hamburger SDS erkannte, daß es notwendig war, die außeruniversitär aufgebrochenen Widersprüche inneruniversitär zu konkretisieren und organisierte — das gegenwärtige Linkskartell antizipierend — mit allen progressiven Gruppen eine Arbeitstagung unter dem Thema „Polizeiterror und Ordinarienuniversität". Der Zusammenhang aber wurde mehr geahnt als aufgewiesen, das Fehlen einer sozialistischen Hochschulanalyse durch Verbalradikalismen kompensiert. Die sozialdemokratische Linie blieb unangefochten.

Im großen und ganzen lief unsere radikaldemokratische Hochschulstrategie nach Plan: mit der denkwürdigen Rektoratsfeier vom 9. November 1967 eröffnete der Hamburger SDS die offensive Phase seiner systemimmanenten Hochschulpolitik; sodann folgte Aktion auf Aktion: Podiumsdiskussionen, Teach-ins, Vollversammlungen, Belagerung des akademischen Senats, regelmäßige Sprengung der Wenke-Vorlesung und Umwandlung in ein KU-Seminar, Kirchen-Aktion gegen Wenke-Freund Thielicke, Bundeswehr-Aktion gegen Thielicke-Freund General Wolff, hochschulpolitische Diskussionen in den Vorlesungen von Mitgliedern des Akademischen Senats, Rektoratsbesetzung und Verhör des Rektors, Hofstätter-Aktion und Sprengung einer Rektor-Wahl. Am Ende des WS 67/68 erlangte der SDS eine starke Parlamentsfraktion und Einfluß in den Fachschaften. Im SS 68 schlief die „Politik der permanenten Hochschulrevolte" ein.

Wichtigstes strategisches Planziel war die dauerhafte Mobilisierung von ca. 2000 Studenten. Das wurde nur zeitweise erreicht, weil wir erstens über keine revolutionäre Theorie, d. h. eine materialistische Analyse unserer sozialen Basis, verfügten, zweitens in unseren Organisationsmodellen (Satzungsentwurf, Hochschulgesetzentwurf) an der Fiktion einer Gesamtstudentenschaft festhielten, anstatt mit der jeweils mobilisierten Minderheit räteartige Organisationsformen zu praktizieren, die eine langdauernde Doppelherrschaft an der Universität hätten einleiten können; drittens vernachlässigten wir bei Erreichen einer neuen Phase des Kampfes die politische Methode der vorhergehenden, was zu einer Auszehrung der theoretischen und organisatorischen Substanz unserer Gruppe führte.

Die Möglichkeiten einer radikaldemokratischen Politik, die für eine sozialistische Organisation natürlich nur eine Mobilisierungsstrategie zur primären Initiation einer revolutionären Bewegung unter den Bedingungen egalitärer Demokratie sein

kann, sind im Bereich der Hochschule an ihre Grenzen gestoßen. Zur ursprünglichen Politisierung eines noch jungfräulichen sozialen Sektors dürfte die radikaldemokratische Mobilisierungsstrategie immer wieder ihre Aufgabe erfüllen. Die Universität hingegen ist reif für die sozialistische Kritik.
Nun dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, die ideologiekritische Methode und die radikaldemokratische Agitation überhaupt nicht mehr im Hochschulbereich anzuwenden. Sie hören nur auf, die Hauptwaffe des politischen Kampfes zu sein.
Um dem bürgerlichen Forschungs- und Bildungswesen sein Dien-Bien-Phu zu bereiten, brauchen wir eine lange und gründliche Konsolidierungsphase, in welcher die revolutionären Kader sich in mobilen Totalkooperativen (Kommunen) formieren und an der Basis ihrer pädagogischen und theoretischen Arbeitsplätze den Widerstand gegen konkrete Studien- und Prüfungsbedingungen und die Aneignung der wissenschaftlichen Produktionsmittel durch die Studenten organisieren. Die Frage nach den Produktionsmitteln ist für eine sozialistische Strategie entscheidend, sollen doch die Massen sie sich aneignen. Die wissenschaftlichen Inhalte selbst sind konstante zirkulierende Produktionsmittel der pädagogischen Produktion, wie sie auch Produkte und Produktionsmittel der theoretischen Produktion sind. Konstante fixe Produktionsmittel der pädagogischen Produktion sind Gebäude, Bücher, Labors, Verwaltungen etc. Variable Produktionsmittel sind Studenten und wissenschaftliche Lohnarbeiter; sie können qualifiziert, aber auch restlos verdummt werden, sie können Theorien weiterentwickeln oder auch nur unvollständig rezipieren, sie allein können **lernen**. Theorie an sich ist geistlos.
Sozialistische Strategie hat drei Ebenen des Kampfes zu unterscheiden: die ökonomische, die politische und die militärische. Die Massen haben sich die Produktionsmittel anzueignen, die politische Macht zu erringen und gegen privilegierte Minderheiten (z. B. Ordinarien, Unternehmer, Offizierscorps) **anzuwenden** sowie militärisch abzusichern. Der Kampf um die Produktionsmittel muß vorwiegend politisch, der Kampf um die politische Macht militärisch geführt werden. Zur militanten Aktion entschlossen sind proletarische Massen aber nur dann, wenn ihre ökonomische Lage dadurch wesentlich verbessert wird. Erster und konstitutiver Schritt zur Aneignung der Produktionsmittel in der pädagogischen so gut wie in jeder anderen Produktionssphäre ist die Bewußtwerdung der Lern- und Arbeitskraft als einziger werteschaffender Produktivkraft. Selbstbewußtsein der unmittelbaren Produzenten — Arbeiter, Schüler, Studenten — als Ursprung aller sachlichen und menschlichen Werte entfesselt unmittelbar auch alle diese Werte **für** ihren Ursprung, die unmittelbaren Produzenten. Nicht nur die Expansion der menschlichen Lern- und Arbeitskraft ist gefesselt, auch die schon produzierten Werte sind sozial gelähmt. Die Revolte bringt nicht nur den Menschen, sondern auch die Dinge zur Universalität. Ein Rektorat, zum Exempel, taugt zu mehr denn als Repräsentationskäfig eines Professoren-Kaspers: ein Rektorat kann man besetzen, man kann darin schlafen, beischlafen, saufen und kotzen.
Sind die subjektiven Voraussetzungen für revolutionäre Massenaktionen der unmittelbaren Produzenten innerhalb der pädagogischen Produktionssphäre durch erfolgreiche Aktionen einer Avantgarde hergestellt, kann man einen ersten, zeitlich begrenzten Versuch starten, die sachlichen Produktionsmittel sich anzueignen, und zwar sowohl die fixen als auch die zirkulierenden, die Gebäude samt Einrichtungen wie die Wissenschaft selbst. Solche Besetzungen werden nur dann das Selbstbewußtsein der Massen stärken, wenn es gelingt, Gebäude und Wissenschaften den Bedürfnissen der Studenten dienstbar zu machen. — Verläuft die Besetzung erfolgreich und konstruktiv, wird die Polizei in aller Brutalität zuschlagen. Allein ein harter Abwehrkampf und eine gleichzeitige militante Solidaritäts-Demonstration von außen kann einen polizeilichen Belagerungsring sprengen und den Rückzug sichern.
Aus solch erfolgreichen Abwehrkämpfen der Studenten gegen gewaltsame Verletzungen der Universitätsautonomie muß eine Studentenmiliz aufgebaut werden, die den Keim einer revolutionären Volksarmee bildet. Denn nach wie vor gilt, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt! — VENCEREMOS!

Manfred Langehennig

Vier Möglichkeiten einer Strategie

„Um die Konsumentenhaltung der Studenten aufzubrechen", so behaupten Jankowski/Grote auf die präzise Frage freiweg, „haben wir genügend inhaltliche und technische Möglichkeiten oben aufgewiesen." (Aud. 58). Tatsache ist, daß jene aufgewiesenen Möglichkeiten — sofern „oben" auszumachen — sich primär in einem Angebot von besseren Informationen erschöpfen, in einem Angebot, welches der AStA-Vorstand, umwerfend sich selbst widerlegend, „so konsumgerecht wie möglich" gestalten will! („Der AStA kann nur Nachrichten anbieten, lesen müssen die Studenten sie schon selbst.")

Jankowski/Grote's wohlgemeintes Unterfangen der „allmählichen Erfassung der noch nicht engagierten Studenten" (Aud. 58) ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, da sie es unterlassen, auf die begrenzten Möglichkeiten der gegenwärtigen studentischen Selbstorganisation, auf jene in der bestehenden Struktur verankerten Schranken gegen die Aktivierung und Politisierung weiterer studentischer Kreise zu reflektieren.

Möglichkeiten einer lanngfristigen Überwindung der universitären Misere

I. Anzustreben sind solche radikalen Reformen, die an den Lebensnerv der Gesellschaftsordnung dringen, die als eine Etappe der Entwicklung des revolutionären Umschwungs in eine Gesamtstrategie einzuordnen sind.

Die unvernünftige Alternative „Reform oder Revolution" [1]) muß für die „fortgeschrittene Industriegesellschaft" allgemein modifiziert werden. (Mit seinen Hochschulkonzeptionen tat der SDS diesen Schritt; bedauerlich, daß diese Tatsache der Mehrzahl seiner Anhänger noch nicht ins Bewußtsein gerückt ist. Jankowski/Grote indessen erblöden sich, „Schutt und Asche auch in Hamburg" — unilife 2 — als Alternative ihrer lauen Reformpolitik zu orakeln.) Gerade auf dem Hochschulsektor können wir eine Reihe radikaler Reformen erkämpfen, die „an die Schwelle oder über die Schwelle der Revolution führen" (Ernst Fischer)!

II. Konstitutives Element einer Strategie muß jene Form der Selbstorganisation (Selbstverwaltung) sein, die als Basisorganisation umrissen werden kann: Unter der Zielsetzung einer optimalen Demokratisierung müssen wir Aufgaben und Funktion von Vollversammlungen, SP, Fachschaften, politischen Hochschulgruppen, AStA und studentischen Mitgliedern der Hochschulselbstverwaltung neu bestimmen.

Die Strategiediskussion muß davon ausgehen, daß wir Zeiten der „Konsolidierung", die den Schein der Integration haben, für unsere Selbstorganisation nutzen, um später mit um so größerem kritischen Potential unsere Forderungen durchzusetzen: Nach umfassender Mitbestimmung, nach allseitiger Kontrolle, nach gleichberechtigter Mitgestaltung.

Konkret hieße das:

Entscheidungen und Resolutionen, welche in den Organen studentischer Basisorganisationen getroffen werden, müssen in Hinblick auf die studentische Verhandlungsbasis an Verbindlichkeit gewinnen, müssen den Ruch der Vorläufigkeit, der Defensivtaktik loswerden.

Das Selbstverständnis des AStA darf fürderhin nicht das des „Studentenfunktionärs" sein, der stellvertretend studentische Interessen wahrzunehmen glaubt, sich in Wahrheit gegenüber der Basis verselbständigt.

Der AStA muß die Selbstorganisierung initiieren, muß die Arbeit der Basis- und Fachschaftsgruppen unterstützen und koordinieren. Er muß der Gefahr einer bornierten, isolierten Handwerkelei vorbeugen, welche ohne eine Reflexion auf die Ordinarienuniversität hinter die irrationalen Fakultätsschranken zurückfiele. Der AStA hat also mit seiner Arbeit ständig die interdisziplinäre Dimension aufzuzeigen und Voraussetzungen zu umfassender Kommunikation zu schaffen.

III. Es ist an der Zeit, den systemsprengenden Charakter einer Umwälzung im Prüfungswesen zu erkennen und dieser Möglichkeit der Freisetzung kritischen Potentials den ihr gebührenden Stellenwert in der Strategie zu geben. Dieser Bereich böte sich an als Vermittlungsebene.

Prüfungen haben gegenwärtig die Funktion einer Disziplinierung der potentiell kritischen Studentenschaft: Sie stehen deren Emanzipation entgegen, indem sie deren Aktivitäten bremsen und tendentiell entpolitisierend, entmündigend wirken, denn „der stete Druck der Klausuren und Zwischenprüfungen verlangt und fördert Charaktere, die sich einschränken und anpassen können" (Leibfried, 171).

Es wäre angebracht, eingangs zu massiven Aktionen gegen ein veraltetes, durch nichts zu rechtfertigendes **Prüfungswesen** sowie gegen unsinnige **Massen-Vorlesungen** aufzurufen, hier den Keil anzusetzen. Die kritischen Energien des hier möglichen Solidarisierungseffekts müßten direkt in die Seminare, Übungen, Vorlesungen geleitet werden und Anstoß zu wissenschaftstheoretischer Kritik geben. Hier böten sich sodann Ansätze für eine massenhafte Arbeit fachbezogener Basisgruppen. Diese Gruppen hätten sich zu orientieren am „offiziellen" Wissenschaftsbetrieb; diesen „mitzugestalten" wäre ihre Aufgabe.

IV. Einer einheitlichen Basisorganisation der Studentenschaft muß es eher gelingen, die innerhalb der Professorenschaft bestehenden Widersprüche unserer Bewegung nutzbar zu machen und eine taktisch kluge Bündnispolitik einzuleiten.

Zwar müssen wir klar die ambivalente Haltung der Assistenten und der Bediensteten erkennen (teilweises Emanzipationsbestreben einerseits, andererseits Abhängigkeit und Loyalität); dessenungeachtet darf unsere Strategie eine Bündnispolitik nicht von vornherein ausschließen. Es müssen vielmehr die bislang unausgetragenen Widersprüche innerhalb der Ordinarienschaft verstärkt und aufs äußerste getrieben werden. Illusionsloser Abbruch der Kommunikation, d. h. Nachrichtensperre für reaktionäre Geister, läge im Bereich des Möglichen: Denn weitere Lieferung von Informationen (z. B. durch Fachschaften), überhaupt weitere Bereitschaft zu „Gesprächen", „Diskussionen" wäre ebenso naiv wie der Versuch, „den Inhabern öffentlicher Häuser Nächstenliebe zu predigen" (Lenin).

Auf der anderen Seite sollten **im Rahmen einer neuzufassenden Bündnispolitik** fortschrittlichere Kräfte unserer (zeitweiligen) massiven Unterstützung sicher sein. Ungeachtet der ihr immanenten Gefahren eines integrativen, reformistischen Stokkens ist eine derartige temporäre Bündnispolitik zu rechtfertigen, weil ihr Organisationsformen zugrunde liegen, deren Eigendynamik die „Untertanenfabrik" hinter sich läßt.

[1]) Vgl. Marx, K.: Konspekt der Debatten um das Sozialistengesetz, (1878). Engels, F.: Einleitung von 1895 zu K. Marx, „Klassenkämpfe in Frankreich".

Wolfgang Schmerder

Psychologie im Widerstand

„Der Geschichtlichkeit des Menschen wegen, in der revolutionierenden Verbindung, die Einsicht und Verhalten, Wahrheit und Moral, Selbstwahrnehmung und politische Aktion im staatsbürgerlichen Denken miteinander eingehen, durchbricht staatsbürgerliches Denken den tradierten Lehr- und Lernstil der Universität. Am wenigsten wäre dieses Geschehen in den Denkmodellen der gegenwärtigen Psychologie zu fassen."

Peter Brückner[1])

I. Die herrschende Psychologie ist die Psychologie der Herrschenden

Meßbare Daten, Items, Korrelationen zwischen Faktorenreihen, situationsgebundenen Verhaltensweisen mit bestimmbaren Wahrscheinlichkeiten und mechanistische Quantifizierung atomisierter Probleme kennzeichnen die formalisierte Welt der herrschenden Psychologie. Man fragt nicht mehr danach, was für die progressive Umgestaltung der Gesellschaft von Relevanz wäre, sondern befaßt sich mit Problemen, die mit herkömmlichen Methoden quantifizierbar sind. Gewisse Komplexe werden von vornherein ausgeklammert bzw. tabuiert, um eine stringente Argumentationsweise durchhalten zu können. Die Formulierung bedeutsamer Probleme ist fast ausgeschlossen.

Psychologie wird als Anpassungswissenschaft verstanden, die letztlich die Disziplinierung und Integration der Individuen in das spätkapitalistische System betreibt. Sie wird nicht mehr der Aufgabe gerecht, die ihr als Sozialwissenschaft zukommt, nämlich emanzipatorisch zu wirken und die Veränderung der Gesellschaft zu intendieren.

Als Betriebspsychologie versucht sie nicht etwa Entfremdung aufzuheben, sondern betreibt die Verinnerlichung repressiver Normen, durch die brutale, irrationale Herrschaft, Herrschaft des Menschen über den Menschen also, verewigt wird. Repressive Produktivität wird demzufolge orgiastisch als Selbstverwirklichung des Menschen gefeiert.

Als Werbepsychologie produziert sie mittels terroristischer Werbemethoden Bedürfnisse, die entweder scheinbar oder gar nicht befriedigt werden, was notwendig zu Frustationen führt. Diese wiederum sind idealer Nährboden jeglicher Aggression sowohl gegen andere, als auch gegen sich selbst. So schafft Psychologie sich ihren eigenen Gegenstand, den aggressiven „unsozialen" Menschen, dem die Einsicht in den ursächlichen Zusammenhang zwischen unterdrückenden Formen der Werbung und spätkapitalistischem System durch die Permanenz der Nicht- und Scheinbefriedigung verschlossen bleibt.[2])

Weitere repressive Formen der Psychologie in Gestalt von Markt-Meinungsforschung usw. seien an dieser Stelle nicht behandelt, einen interessanten Aspekt liefert allerdings die G r u p p e n f o r s c h u n g.

Die insbesondere nach dem 2. Weltkrieg aufblühende Gruppenforschung wäre nach ihrer positiv normatisierenden Wirkung gegenüber bestehenden Verhältnissen zu untersuchen. Zu fragen wäre, ob Leistungsvorteile, die Gruppen bieten, soziale Vorurteile, die durch Gruppenbildungen gefördert werden, rechtfertigen bzw. sie erträglich machen. Es ist zu berücksichtigen, daß soziale Vorurteile erst den Consensus in der Gruppe herstellen, daß es nach außen (Außendistanz der Gruppe) eines totalen Feindes bedarf[3]); für die pluralistische Gesellschaft heißt das: Schaffung von „Ersatzjuden", heute Kommunisten, Gastarbeiter und Studenten.

Unter diesem Aspekt ist die These vertretbar, daß die überwiegend einseitig positive Behandlung der Gruppe zur Konsolidierung der „pluralistischen" Gesellschaft geführt hat, die ihre Toleranz gegenüber bestehenden Gruppen mit einer notwendig sich daraus ergebenden Intoleranz gegenüber dem Individuum rechtfertigt.[4]) Die Entwicklung ist allerdings fortgeschritten, von der pluralistischen zur formierten Gesellschaft mit Zukunftsausblick auf die totale.

II. Neurotisierende Prüfungsrituale als Symptom einer unkritischen Psychologie

Kritische Analyse der herrschenden Psychologie ergibt, daß insbesondere Prüfungsprobleme und daraus resultierende Prüfungsangst mit systematisch anmutender Präzision tabuiert werden. Demzufolge fehlen empirische Daten, um derartige Phänomene ausreichend beschreiben und erklären zu können. Lediglich einige Autoren, meist psychoanalytischer Ausrichtung, befaßten sich bisher mit dieser Problematik. Das ist insofern symptomatisch, als unsere Leistungsgesellschaft Prüfungen in der jetzigen Form a priori für vernünftig hält, die Notwendigkeit zur Reflexion des Prüfungskomplexes daher nicht besteht.

Außer herkömmlichen Argumenten gegen Prüfungen, daß es sich um „anonyme Quizprozeduren" handelt, die durch „Einübungsrituale funktionalen Wissens"[5]) vorbereitet werden, daß besonders Einzel- und Spezialwissen verlangt wird, das für den künftigen Beruf von keinerlei Relevanz ist, läßt besonders ein Argument die bisherige Verfahrensweise fragwürdig erscheinen.

Prüfungssituationen sind offensichtlich besonders geeignet, unbewußte neurotische Konflikte des einzelnen zu aktualisieren[6]) und seine Leistungsfähigkeit herabzusetzen, was gerade bei denjenigen besonders akut ist, die nicht bereit sind, einen irrationalen Anpassungsprozeß mitzumachen.

Berücksichtigt man, daß die Interaktion zwischen Prüfling und Prüfer eine entscheidende Rolle spielt, der Prüfung ein besonderes Prestige zukommt, der gesamte Prüfungsaufbau inadäquat sein kann, diese Faktoren zu Vergeßlichkeit, Konzentrationsunfähigkeit, Zweifel, allgemein zu massiven Denkstörungen führen, kann die Prüfung dem Anspruch, der an sie gestellt werden sollte, Kenntnisse und Verständnis zu prüfen, nicht gerecht werden.

Wissenschaftliche Untersuchungen ergaben, daß in keiner gesellschaftlichen Gruppe derartig viel neurotisch Kranke existieren, wie unter Studenten.[7]) Gilt für die Gesamtgesellschaft, daß ein neurotischer Zustand der Individuen das Anomale darstellt, läßt sich für die Studentenschaft — überspitzt formuliert — die gegenteilige Feststellung vertreten: Der latent neurotische Zustand muß als das Normale begriffen werden.

(Hingewiesen sei auf die Untersuchungen Gieses über das rigid sexuelle Verhalten der Studenten, die ihre sexuellen Wünsche nicht in adäquater Weise befriedigen und durch diese Versagungen neurotische Reaktionen hinnehmen.)

Es wäre die These aufzustellen, „daß die Häufigkeit der Neurosen bei Studierenden zu einem großen Teil der besonderen Struktur der Hochschulen mit ihrem patriarchalischen Autoritätsverhältnis zugeschrieben werden muß und zwar in dem Sinn, daß latent neurotisch Kranke in der Universität einen Ausbruch ihrer Krankheit hinnehmen müssen".[8]) Es läßt sich folgern, daß insbesondere Prüfungen der jetzigen Form die Verflechtung herrschender Wissenschaft mit Ansprüchen der Herrschaftsoligarchien verdeutlichen. Die Prüfung hat die Funktion eines Disziplinierungs- und Reglementierungsinstruments, mittels dessen die Verinnerlichung von Autorität geprobt wird; der vollständig integrierte und angepaßte Student hat unter diesem Aspekt die höheren Erfolgsaussichten. Die Forderung der Wirtschaft nach möglichst hohem Ausstoß angepaßter Spezialisten, schlägt sich in Prüfungsritualen nieder, die in dem Maße irrational sein müssen, als notwendig ist, konforme Individuen zu produzie-

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

ren, die zur Reproduktion unseres irrationalen Systems beitragen.

III. Möglichkeiten einer kritischen Psychologie

Erteilt man Wissenschaft die oben postulierte Aufgabe, emanzipatorisch zu wirken und die Veränderung der Gesellschaft zu intendieren, hat sie notwendig bei der Reflexion ihrer Bedingtheit anzusetzen. Die Voraussetzungen von Wissenschaft wären zu reflektieren, die historische Entwicklung von Wissenschaft zu analysieren. Der Wissenschaftler hätte sich als Objekt seiner Forschung zu begreifen. Für die Psychologie hieße das: nicht mehr „der Mensch" ist Forschungsgegenstand, sondern der Mensch in seiner Bedingtheit als soziales Wesen, als Angehöriger einer spezifischen Schicht und Klasse.

Jene Nonkonformisten unter den Studenten, die um diese Problematik wissen und ihre Selbstverwirklichung anstreben, befinden sich in einem Dilemma, haben sie einerseits den repressiven Charakter der Wissens- und Ausbildungsfabrik Universität erkannt, sind sie doch gezwungen, sich partiell einem Leistungsdruck zu unterwerfen, der ihren Intentionen zuwiderläuft, sie an ihrer Entfaltung hindert.

Aufgabe einer kritischen Psychologie wäre es, unangepaßte Individuen in ihrer Absicht systemtransformierend bzw. systemsprengend zu wirken, zu unterstützen, ihnen das psychologisch notwendige reinforcement zu geben, um aus einer passiven Widerstandshaltung kreativ zum Subjekt ihrer Selbstrealisierung zu werden. Wenn P. Brückner in „Transformation der Demokratie" deshalb von politischer Psychologie spricht, ist dieser Terminus insofern verwirrend, als gerade der herrschenden Psychologie — obwohl als wertfrei deklariert — dieses Prädikat zukommt. Politisch heißt dann allerdings, verflochten mit Intentionen der dominierenden Herrschaftsoligarchien und deshalb stabilisierend.

Arbeit müßte im Sinne von Marcuse libidinisiert werden, d. h. eigene Triebenergien sollten die Möglichkeit zu einem befreiten Arbeitsprozeß schaffen; sozial nützliche Arbeit würde gleichzeitig die echte Befriedigung eines individuellen Bedürfnisses darstellen.[9]) Diese konkrete Utopie hätte allerdings erst dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn das gesellschaftliche Monopol der herrschenden Anpassungspsychologie-Produzenten vernichtet wird.

Vorerst gilt es, Enklaven des Widerstandes zu schaffen, aus denen die Idee unterdrückungsfreier Rationalität in die Gesellschaft getragen wird.

Literatur:

[1]) Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, S. 137

[2]) vgl. Reimut Reiche, Sexualität und Klassenkampf, S. 69

[3]) vgl. Brückner a.a.O., S. 164 ff

[4]) vgl. Robert Paul Wolff, Jenseits der Toleranz in Kritik der reinen Toleranz

[5]) Hubert Bacia/Reiner Geulen in Wider die Untertanenfabrik, S. 169

[6]) M. L. Möller in einem Referat im NDR, Zur Psychoanalyse der Prüfungsangst

[7]) vgl. Bacia, Diskus Nr. 6, 1968

[8]) Ders. a. a. O.

[9]) vgl. Herbert Marcuse, Triebstruktur und Gesellschaft, S. 195 ff

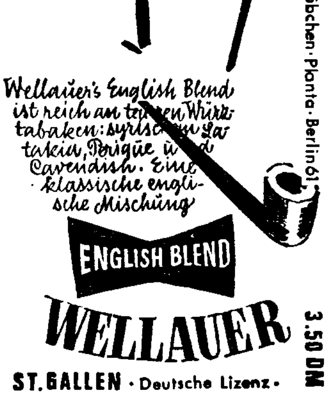
Detlev Albers

Demokratisierung -

zum Stellenwert inneruniversitärer Strukturwandlungen

„Mitbestimmungsgesetz, Hochschulverfassungsänderung. Das sind bloße formale Kennzeichnungen ... So hat es doch das Otto-Suhr-Institut herrlich weit gebracht bei den strukturellen Veränderungen des Institutslebens — indes das Institut ist arbeitsunfähig, weil die Studenten inzwischen verstanden haben, daß nur materiale Bestimmungen tatsächliche Einheit der Lebenspraxis ermöglichen." (Bazon Brock: Warum kürzere Röcke — Kunst als Ware, ZEIT Nr. 52; 27. 12. 1968)

Die studentischen Forderungen zur Demokratisierung der Universität, verstanden als die Durchsetzung realer Mitbestimmungsbefugnisse aller Universitätsmitglieder, sind in den letzten Monaten zunehmend diffuser und, von weitem betrachtet, widersprüchlicher geworden. Doch die in fast allen Universitäten entbrannte Debatte um die Satzungen einzelner, meist geisteswissenschaftlicher Institute und Fachbereiche ist tatsächlich Ausdruck einer enormen Verbreiterung der aktiven studentischen Basis. Diese Auseinandersetzungen werden nicht mehr auf bestenfalls paritätische Kommissionen beschränkt, sondern sie sind Bestandteil von Öffentlichkeitskampagnen, Vorlesungsstreiks, Seminarbesetzungen und anderen direkten Aktionen, die in einem Ausmaß von unten, aus Fachschaften und Basisgruppen, entstehen, daß sie gerade noch in einer Universität abgestimmt, aber keinesfalls überregional gelenkt werden können. Dieser tendenziell massenhafte Druck von unten hat nun dort, wo er sich in bestimmten strukturellen Forderungen artikulierte, durchaus das herkömmliche Arsenal studentischer Demokratisierungsforderungen wie Öffentlichkeit, Drittelparität, Abschaffung von Habilitation und Lehrstuhlprinzip, Ausschreibung aller Stellen etc. aufgenommen und hartnäckig verteidigt. Die Praxis dieser Auseinandersetzungen, die gegen die Gefahren des Reformismus immer dann gefeit war, wenn sie die Bereitschaft zur „Veränderung auf eigene Faust" vermitteln konnte, ist aber seit dem Konflikt um das Otto-Suhr-Institut (OSI) erheblich über diesen Bestand alter Forderungen hinausgegangen. Die verschiedenen neuen Ansätze direkter Beteiligung, die sich in den Institutsordnungen und den studentischen Ausgangsforderungen finden, sind im folgenden auf ihren Stellenwert im Demokratisierungsprozeß der Universität zu untersuchen. Die Praxis dieser Auseinandersetzungen hat zugleich eine Reihe von Einwänden geliefert oder deutlich werden lassen, die den Wert inneruniversitärer Strukturveränderungen überhaupt in Frage stellen, da sie immer noch auf irgendeine Form der Institutionalisierung abzielten. Diese Argumente sind zunächst zu behandeln.



Wenn für Bazon Brock der Weg über strukturelle Veränderungen gerade jener ist, „der als einziger nicht zum Ziel führt ..., weil materiale Bestimmungen unseres Lebens ausschließlich in realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu erreichen [sind]: Im Kampf, in der Thematisierung der eigenen Lebensbedingungen", dann ist ihm sicher insofern zuzustimmen, als strukturelle Verbesserungen und Teilerfolge gerade durch die Fixierung, die sie als Forderung vor ihrer Durchsetzung benötigen, anschließend ihre progressive Überwindung weniger dringlich erscheinen lassen oder, schlimmer noch, den Blick für weitergehende Lösungen überhaupt verstellen. Ebenso richtig ist, daß Strukturveränderungen niemals Ersatz für eine inhaltliche Emanzipation sein können — selbst eine herrschaftsfreie Universität muß noch nicht allein deshalb kritische Wissenschaft betreiben —, mag der Kampf um solche Strukturen auch wichtiger Impuls zu ihrer fachbezogenen-inhaltlichen Freisetzung sein. Zuzugeben bleibt, daß die bisherigen Auseinandersetzungen in der Hochschule ein gefährliches Übergewicht struktureller gegenüber inhaltlich-materiellen Forderungen zeigten, so verständlich das auch gerade wegen ihrer formal-interdisziplinären Anwendbarkeit für Aktionen der ersten Stunde sein mochte. Wenn hier dennoch — gegen Brock — an der Richtigkeit stu-

dentischer Strukturforderungen festgehalten wird, dann nur mit zwei Einschränkungen: sie müssen sehr viel stärker in ihrer Vorläufigkeit, ihrer Bedingtheit durch das augenblickliche Bildungs- und Universitätssystem ebenso wie durch das ökonomisch-politische System interpretiert werden, d. h. sie müssen ihren modellartigen zugunsten ihres wirklichen, nur strategischen Charakters aufgeben. Das muß auch in den Aktionen selbst zum Ausdruck kommen, die keine vorgeblichen Gesamtlösungen mehr anzubieten haben, auch wenn Strategie nicht zum Ausweichen in bloße Tendenzbeschwörungen oder vorschnell realisierbare Kompromißformeln führen darf. Studentische Strukturforderungen müssen zum zweiten als sinnvolles Ergebnis, als logische Konsequenz eines aus der jeweiligen inhaltlichen Tätigkeit abgeleiteten kritischen Wissenschaftsbegriffs begründet werden.

Inneruniversitäre Strukturwandlungen, die auf studentischen Druck zugestanden werden, sind außerdem in ihrem Stellenwert, schon im organisatorisch-normativen Bereich, durch die staatlichen Kompetenzen eingeschränkt. Diese werden prinzipiell auch von erfolgreichen Institutsreformen nicht angetastet [1]), ja es hat gegenwärtig den Anschein, als erlaube gerade ihre Entfernung zu diesen Veränderungen an der universitären Basis den staatlichen Instanzen, ihre bisher durch die Interessen-Übereinstimmung mit den Ordinarien gesicherten Befugnisse rechtzeitig in neue Normierungen hinüberzuretten. Anders läßt sich der nahezu einmütige Trend der jetzt vorgelegten Hochschulgesetze von Hamburg bis Bayern und zum Wissenschaftsrat, die staatlichen Eingriffskompetenzen zu verstärken, kaum erklären. Nun kann das für die Studenten nicht heißen, eine in der heutigen Situation voreilige Koalition mit der Professorenschaft einzugehen, weil Ordinarienherrschaft immer noch besser sei als der an die Wand gemalte Staatskommissar.[2]) Vielmehr kann erst die erfolgreiche Auseinandersetzung um den Arbeitsplatz in der Universität, die den Studenten tatsächlich einen bestimmenden Einfluß auf die Selbstverwaltung der Institute und Fachbereiche einräumt, deutlich machen, daß damit die staatliche und gesellschaftliche Fremdbestimmung eben dieses Arbeitsplatzes noch nicht aufgehoben ist. Erst die Durchsetzung der inneruniversitären Demokratisierung wird in voller Schärfe erkennen lassen, in welchem Ausmaß die Arbeit in der Universität durch hochschulfremde Normierungen im weitesten Sinne wie Prüfungsordnungen, Stipendienwesen, Beamtengesetzen, aber auch und vor allem öffentliche und unternehmerische Haushalte inhaltlich gelenkt und systemkonform ausgerichtet wird. Eine Strategie direkter studentischer Aktionen setzt also dann und nur dann zu Recht bei der Institutsstruktur an, wenn es ihr gelingt, zugleich die bisher nur deklamatorisch erfaßte Fremdbestimmung der Wissenschaft und ihre Integration in das bestehende kapitalistische Gesellschaftssystem zum Gegenstand eben dieser Aktionen zur Besetzung, Veränderung und Befreiung des eigenen Arbeitsplatzes zu machen.

Untersucht man nun die Praxis dieser Auseinandersetzungen selbst auf neue Ansätze einer strukturellen Demokratisierung, so beansprucht ein Organ für sich genommen, aber auch im Verhältnis zu den übrigen, besondere Aufmerksamkeit: Die Instituts- oder Fachbereichsversammlung aller in diesem Bereich tätigen Universitätsmitglieder.[3])

Ihre Bedeutung liegt nicht nur darin, den Entscheidungsweg vom einzelnen zu Beschlüssen der Korporation Universität enorm zu verkürzen. Ihre prinzipielle Überlegenheit gegenüber allen anderen Konstruktionen, die allgemeine Selbstverwaltung aus Beauftragten der Gruppenorgane zu konstituieren, besteht vielmehr darin, die Verwaltung des Arbeitsplatzes in der Hochschule, soweit die Selbstverwaltungskompetenzen reichen, auf eine direkte demokratische Basis zu stellen. Nun wird die Einrichtung solcher Vollversammlungen in allen genannten Vorschlägen neben oder oft nur als Ergänzung von paritätischen Institutsräten gefordert, die meist aus einer gleichen Anzahl von Professoren, Assistenten und Studenten bestehen sollen. Dieses Nebeneinander ist jedoch keineswegs selbstverständlich. So kann es nicht verwundern, wenn die HSU in ihren genossenschaftlichen Modellsatzungen [4]) jede paritätische Gruppenvertretung und konsequenterweise jede Gruppenorganisation überhaupt als Verstoß gegen die demokratische Gleichheit aller Universitätsmitglieder ablehnt. Hier allerdings ist vor einem Zielkonflikt zu warnen, der nicht zufällig schon 1918/19 im staatlichen Bereich aufbrach, damals zwischen Verfechtern der „politischen Demokratie", die sie im Parlamentarismus und einem demokratischen Wahlrecht verkörpert sahen, und den Anhängern einer „sozialen Demokratie", die vor der politischen die Herstellung der sozialen Gleichheit verlangten und deshalb für ein politisches Rätesystem und die Diktatur des Proletariats eintraten.[5]) Denn solange es in der Universität „Genossen" gibt, die unter dem Leistungsdruck eines wenngleich humanisierten Prüfungswesens stehen und für ihre gesellschaftlich notwendige Arbeit kein Einkommen erhalten (Studierende nach § 11 des HSU-Modells), solange andere „Genossen" speziell für ihre Lehr- und Forschungstätigkeit beru-

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9
fen und bezahlt werden, wobei einige nach 3–5 Jahren kündbar sind (vermutlich Assistenten), andere dagegen unkündbar sind (vermutlich Professoren nach §§ 12–14 des HSU-Entwurfs) – alles das aber sind soziale Status-Unterschiede, die durch inneruniversitäre Strukturveränderungen nicht aufzuheben sind –, solange muß die rein politisch-korporative Gleichstellung aller Universitätsmitglieder nach dem Genossenschaftsprinzip zu eben den Verschleierungen der aufrecht erhaltenen sozialen Unterschiede führen, die den Parlamentarismus kennzeichnen. Das geschlossen-demokratische Genossenschaftsmodell der HSU erweckt damit die Illusion einer erreichbaren Demokratie im eigenen Haus, die die Notwendigkeit gesellschaftlicher Umwälzungen, um auch nur zu einer realen Verfügung über den Arbeitsplatz in der Universität zu gelangen, unsichtbar werden läßt.

Richtiger erscheint daher das in der Praxis entwickelte Nebeneinander von paritätischen Instituts- oder Fachbereichsräten und entsprechenden Vollversammlungen, die das gesellschaftlich bedingte Vorhandensein bestimmter Gruppen nicht ignoriert, z. B. einer ebenfalls direkt-demokratisch zu organisierenden Studentenschaft noch eine legitime Funktion zuweist, andererseits aber jedem Universitätsmitglied als solchem einen direkten Einfluß auf die Selbstverwaltung gewährt. Allerdings sollte dann auch die jeweilige Versammlung die entscheidenden Kompetenzen erhalten, während den paritätischen Vertretungen nur die Rolle eines ausführenden Exekutivrats bliebe. Die zunehmende Kompetenzverlagerung von der paritätischen Vertretung auf die Versammlungen aller Universitätsmitglieder muß zum zentralen Gegenstand kommender Satzungskämpfe werden. Schon jetzt sollten studentische Forderungen zumindest auf der Wahl der Vertretung und aller Ausschüsse durch die jeweilige Versammlung und einem Beschlußrecht bestehen, über das sich der zuständige Exekutivrat nur mit qualifizierter Mehrheit hinwegsetzen kann.[6]) Darüber hinaus sind Minderheitenschutz-Vorschriften wie z. B. der Anspruch auf einen bestimmten Anteil an den Forschungsmitteln, der bisher nur für Studenten benötigt wurde, als Übergangslösung sinnvoll. Allerdings können auch solche Versammlungen – um noch einmal auf Bazon Brock zurückzukommen – keineswegs automatisch jene „materialen Bestimmungen" herbeiführen, die „tatsächliche Einheit der Lebenspraxis" ermöglichen. Die Verweigerung egalitärer Strukturen unter dem gegenwärtigen System kann die „Thematisierung der eigenen Lebensbedingungen" auslösen, aber erst die massenhafte Thematisierung der eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit und ihrer Inhalte über Basisgruppen, alle Arten von Selbstorganisation des Studiums, macht diese Strukturen zu einem Instrument der Befreiung. Im Rahmen einer solchen Fachbereichsstruktur wäre auch eine einigermaßen begründbare Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Arbeiter und Angestellten möglich. Sie könnten gleichberechtigt an den Versammlungen teilnehmen und zumindest dort, wo sie in den Arbeitsprozeß unmittelbar einbezogen sind, paritätisch im Instituts- oder Abteilungsrat vertreten sein, ohne daß damit ihre gruppenmäßige Repräsentanz in Gewerkschaften oder im Personalrat angetastet wäre. Jedenfalls sind es zu allerletzt die Studenten, die als Universitätsmitglieder den nichtwissenschaftlichen Arbeitern und Angestellten den Einfluß auf ihren Arbeitsplatz verwehren. Allerdings dürfen solche nur pragmatischen Beteiligungsformeln nicht daran hindern, die zugrunde liegende Arbeitsteilung in sogenannte wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Tätigkeit, die im heutigen System vielleicht im Übermaß unselbständige Hilfsarbeiten geschaffen hat, als solche in Frage zu stellen. Ebenso wenig ist damit das prinzipiell offene Problem der Selbstbestimmung von Beamten, Arbeitern und Angestellten in öffentlichen Bürokratien gelöst, als deren Teil die Universität in dieser Hinsicht erscheint.

Abschließend noch wenige Sätze zum bevorstehenden Hamburger Hochschulgesetz im Zusammenhang mit den bisherigen Überlegungen: Daß der gegenwärtige Staat seine selbstgeschneiderte Rolle als Schutzpatron der Hochschulreform verloren hat, dürfte inzwischen überall deutlich sein. Als Notar vollzogener Strukturveränderungen, der notfalls sagt, was anderenorts selbstverständlich geworden ist, wird man ihn auch in Zukunft beschäftigen müssen – eine Aufgabe, der er im Berliner Vorschaltgesetz immerhin ansatzweise nachgekommen ist. Außerdem wird er im Bereich der hochschulfremden Normierungen vom Beamtengesetz bis zur Finanzplanung noch manche Formulierungshilfe benötigen. In das Hamburger Hochschulgesetz müßte auf jeden Fall neben den gemäßigten Strukturforderungen des Studentenparlaments eine Formulierung wie die folgende aufgenommen werden:

„Alle Organe der Universität werden ermächtigt, ihre Zusammensetzung zugunsten stärkerer studentischer Beteiligung zu verändern oder ihre Kompetenzen ganz oder teilweise an Vollversammlungen aller Universitätsmitglieder zu übertragen."[7]) Ohne eine solche Ermächtigung zur weitergehenden Demokratisierung, die eine fortschreitende innere Strukturveränderung zuläßt, wäre das Gesetz nur eins mehr, das auf die Dauer gebrochen werden muß.

Anmerkungen:

[1]) Bezeichnend hierfür ist die OSI-Satzung, die sich z. B. in der Einteilung des Lehrkörpers sorgfältig an das Berliner Hochschulgesetz hält.

[2]) So faktisch und explizit die Politik des AStA Jankowski-Litten im SS 68, vgl. AStA-Presseerklärung vom 10. 7. 68.

[3]) Eine solche Versammlung wurde zuerst, wenngleich bisher ohne Entscheidungsbefugnisse, im OSI durchgesetzt, das in diesem Punkt sicher bahnbrechend wirkte –; sie findet sich seitdem in zahlreichen schon praktizierten oder erst geplanten Institutsordnungen. Von den überregionalen Vorschlägen betont dieses Organ besonders konsequent der Hochschulgesetzentwurf des Landesverbandes Hessen im VDS, ebenfalls, wenn auch weniger weitgehend, der Gesetzentwurf des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im VDS, veröff. 13. 11. 68, unter den Hamburger Entwürfen ist in dieser Hinsicht die Satzung des HAMF am ausführlichsten.

[4]) Vgl. Die Universität als Genossenschaft – Modellverfassung einer demokratisch organisierten Universität, veröff. vom Bundesvorstand der HSU, 27. 6. 68.

[5]) Vgl. hierzu Kirchheimer, Weimar – und was dann? Analyse einer Verfassung. edition suhrkamp, Bd. 95, S. 9, S. 16 ff.

[6]) Es sollte bemerkt werden, daß der Hochschulgesetzentwurf des FDP-Bundesvorstandes, veröff. am 11. 11. 68, in seinem § 14 eine beinahe revolutionäre Formulierung enthält: „Die Fachbereichsversammlung (aller Mitglieder) wählt die (paritätische) Fachbereichsvertretung **und kontrolliert sie**" – die Entscheidung über Studienpläne. Lehrmethoden und Finanzen bleiben jedoch der Vertretung vorbehalten.

[7]) Gleichlautende Beschlüsse faßten bisher die studentische Vollversammlung der Phil. Fakultät sowie die Delegierten der SPD-Kreisverbände Altona und Eimsbüttel.

Manfred Lohnstein

Physiologie – 23 Jahre nach Hiroshima

Eine Vorlesungskritik

„Der Arzt wird vom Beginn seines Studiums an zur Einäugigkeit erzogen. Im Lehrstoff ist aus der Natur des Menschen die Erlebnissphäre ausgeklammert, und damit eine der mächtigsten Quellen krankmachender Einflüsse."[1]) Die notwendige Änderung der medizinischen Ausbildung in der BRD soll durch dieses Zitat angedeutet werden. Die sich aus dieser Forderung ergebende Neueinstufung der Physiologie im Lehrplan kann von mir nicht geleistet werden. Die Schwerpunkte dieser Arbeit sind anders gesetzt.

Die Vorlesung „Physiologie des Nervensystems" wurde bis zur Vorlesungspause von den Professoren Bleichert und Reichel gelesen. Professor Bleichert berichtete über die Grundprozesse der Erregung und Kontraktion, Professor Reichel behandelte die Gebiete Zentralsystem, motorisches und sensorisches System und das vegetative Nervensystem. Über weitere physiologische Lehrveranstaltungen dieses Semesters (Physiologisches Praktikum mit Kolloquium, Physiologie der Niere, Physiologische Methoden) werden Sie ebenfalls kritisch informiert.

Was verstehen Sie unter „Information?"

Leider gibt es einen wissenschaftlichen und einen umgangssprachlichen Informationsbegriff. Eine Definition des Begriffes „Information" wurde weder von Professor Reichel noch von Professor Bleichert gegeben, obwohl beide den Ausdruck bei der vorgegebenen Thematik natürlich oft gebrauchten. Die biologische Kybernetik mit ihren Teilgebieten Regelung, Signalübertragung und Datenverarbeitung wird innerhalb der Physiologie in Hamburg total unterbewertet. Einschließlich SS 68 wurde bisher nur eine Vorlesungsstunde für das Thema Regelungslehre angesetzt; den elektrischen Organen einiger Fische wurde immerhin nur eine halbe Stunde zugemessen. Ein tieferes Verständnis zum Beispiel der Frequenzmodulation ist aber ohne kybernetisches Grundwissen nicht möglich. An einführender Literatur mangelt es gerade nicht.[2])

Die Sexualphysiologie erscheint als weiteres Teilgebiet kaum im Hamburger Lehrplan. Ist die emotionelle Scheu von Professor Reichel gegenüber diesen Fragen noch im Zusammenhang mit den herrschenden bürgerlichen Moralvorstellungen menschlich zu verstehen, so bleibt es aber unerklärlich, weshalb nicht ein Fachmann, z. B. Professor Giese oder Dr. Schmidt, eingeladen wird. Professor Reichel erwähnte selbst diese Möglichkeit. Wann wird seine Idee Wirklichkeit werden?

1966 veröffentlichten William Masters und Virginia Johnson das grundlegende Werk der modernen Sexualphysiologie.[3]) Ausführliche Literaturangaben werden aber in keiner der besprochenen Vorlesungen gegeben. Diapositivabbildungen sieht man so oft nur einmal bis zum Physikum und übersichtliche Tabellen im Landois-Rosemann entdeckt man höchstens zufällig.[4]) Ergebnis: der Student schreibt und malt stur mit. Diese „Mitarbeit" wird auch praktiziert, wenn Auszüge des in Hamburg üblichen Lehrbuches von Reichel/Bleichert vorgetragen werden.[5]) Kennzeichen einer auf passives Lernen ausgerichteten Unterrichtsmethode.

Wäre die Vorlesung ohne die genannten Mängel als ideal zu bezeichnen? Nein. Selbst wenn ein objektiveres und sachkompetenteres Gremium Kritik in der bisher von mir praktizierten Form ausüben könnte und wenn Änderungen sofort einträten, so wäre doch die heutige Ausbildungsform in ihren Grundvoraussetzungen abzulehnen:

Erstens: Zugegebenermaßen muß ein gewisses Grundwissen erlernt werden. Moderne pädagogische Methoden, z. B. programmiertes Lernen, sollten dafür eingesetzt werden. Die Massenvorlesung ist heute veraltet und uneffektiv; sie fördert zudem autoritätsgebundenes, antidemokratisches Verhalten.

Zweitens: Nur enzyklopädische Wissensaneignung ist bei der ständig fortschreitenden Forschung unsinnig. Der Arzt muß frühzeitig zum selbständigen Lernen in kleinen Gruppen exemplarisch angeleitet werden, um später neues Wissen zum Wohle der Patienten auswerten zu können. Das heutige Ausbildungssystem blockiert diese Möglichkeit. Zahlreiche Fortbildungskurse der Bundesärztekammer in St. Moritz und auf Mallorca beweisen es.[6])

Zum selbständigen Arbeiten regte Professor Bleichert durch Aufgabenstellungen teilweise an. Aber nur Gruppenarbeit, wie bereits erwähnt, kann hier zum Erfolg führen. Ich bin mir durchaus bewußt, daß diese neuen Wege eine erhöhte, noch zu erkämpfende Investitionsbereitschaft bei den Politikern erfordern. Das politische Engagement der Universität in diesen Fragen erscheint mir zu gering. An mögliche gewaltfreie Aktionen wie civil disobedience oder non cooperation wird kaum gedacht. Die politische Mitverantwortung der Dozenten für Strukturveränderungen kann aber nicht geleugnet werden. Wird sie nicht ausgeübt, springen die Behörden bereitwillig ein; adieu Autonomie der Universität.

Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft wird von den Dozenten nicht erwähnt. Das wohlfeile Politisieren von Professor Reichel täuscht über diese Tatsache nicht hinweg. Seine Grenzüberschreitungen zwischen verschiedenen Wissenschaftsteilbereichen sind zu bedauern, und verwehren ihm zudem, die physiologischen Leitgedanken seiner Politik zu verlassen. Sein Demokratieverständnis kann jeder im Marburger Manifest nachlesen. Professor Bleichert erklärt zwar das klassische Pfeilgift der südamerikanischen Indianer, Curare; über moderne Methoden der chemischen und bakteriologischen Kriegsführung wird nicht berichtet. Die neuesten Werke der Institutsbibliothek über Kampfstoffe erschienen 1935 bzw. 1938.[7]) Die Verwendung von Anticholinesterarsen als Nervengase ist immerhin im Landois-Rosemann angedeutet.[8]) Die zeitgemäße Literatur besorgt man sich am besten in einer „linken" Buchhandlung.[9])

Eine sinnvolle Lösung (z. B. teamwork, selbständige Arbeit) der aufgezeigten Probleme muß zu einer Demokratisierung der Uni führen. Der damit verbundene Privilegienverlust der Ordinarien wird bei den jetzigen Produktionsverhältnissen und dem sich daraus ableitenden, auf dem Führerprinzip beruhenden Institutionssystem erkämpft werden müssen. (Macht schmeckt. Nur wenige geben sie freiwillig ab.) [10]) Mitscherlich schreibt in einem anderen Zusammenhang: „Solche mit Privilegienverlust verbundenen Einsichten stellen sich allerdings nicht von selbst her; sie wollen erkämpft sein."[11])

Mitkämpfer, bildet Basisgruppen in allen Instituten.

Literaturliste:

[1]) A. Mitscherlich, Krankheit als Konflikt. Studien zur psychosomatischen Medizin 1, 2. Aufl., S. 46 (edition suhrkamp Nr. 164). Literatur zu diesem Thema: Mitscherlich, Brocher u. a., Der Kranke in der modernen Gesellschaft; 1967.

[2]) S. u. a. B. Hassenstein: „Was ist Information" in n+m Nr. 13 und „Biologische Kybernetik" in Benninghoff-Goerttler, Lehrbuch der Anatomie des Menschen, 3. Band, 8. Aufl., 1967
W. D. Keidel, Kurzgefaßtes Lehrbuch der Physiologie, Stuttgart, 1967. Dort auch weitere Literaturangaben.

[3]) W. Masters, V. Johnson, Human Sexual Response, Boston 1966, deutsch: Akademische Verlagsgesellschaft, Frankfurt, 1967; mit einer Einführung von Prof. Giese.

[4]) Landois-Rosemann, Lehrbuch der Physiologie des Menschen Band 2, 28. Aufl., 1962, s. dort Tabellen 53, 56, 57, 62 oder Abb. 238, 290, 302, 321.

[5]) Reichel und Bleichert, Leitfaden der Physiologie des Menschen, 4. Aufl., Stuttgart, 1967.

[6]) S. auch Sondernummer „klinikum" der mediziner presse. Hrsg. Initiativgruppe medizinischer Arbeiter Westberlin.

[7]) Mario Satori, Die Chemie der Kampfstoffe, Braunschweig, 1935. F. Bayer, Gasanalyse, Stuttgart, 1938.

[8]) a. a. O. S. 610.

[9]) z. B. Vietnam – Dokumente über den chemischen und bakteriologischen Krieg, Hrsg. Centrale Sanitaire Suisse, 8001, Zürich.

[10]) Siehe S. Leibfried (Hrsg.), Wider die Untertanenfabrik, Köln, 1967; besonders den Aufsatz von K. Meschkat, S. 25 – 42.

[11]) A. Mitscherlich a. a. O. S. 18.

Autorenkollektiv Pädagogik

Pädagogische Querelen

„... Vielleicht noch folgenschwerer ist der Widerstand, den Erziehungspraktiker einer uneingeschränkten Erforschung der Erziehungswirklichkeit leisten. Es gibt Anzeichen dafür, daß viele von ihnen an wissenschaftlicher Pädagogik höchstens soweit interessiert sind, wie durch sie das eigene Verhalten, die gewohnten erzieherischen Praktiken, die Zufriedenheit mit ihrer Leistung und das verklärte Bild von der eigenen Institution nicht in Frage gestellt werden. Dahinter steckt nicht einfach Mangel an gutem Willen, sondern das verständliche Bedürfnis nach Sicherheit, Rechtfertigung und sozialer Anerkennung . . ."

Mariginalie von Wolfgang Brezinka

„Der Wert von Veröffentlichungen richtet sich ja nicht nach der Anzahl Kilogramm veröffentlichter Bücher."

Hamburger PI-Mensch über Kollegen

In Hamburg befindet sich das Studium der Pädagogik nach Einführung des Referendariats für Volks- und Realschullehrer in einem Strukturwandel. Bislang stand es unter einer rein berufspraktischen Orientierung, einer „Einübung" im wahrsten Sinne des Wortes. Nachdem diese Aufgabe dem Referendariat zufällt, besteht die Schwierigkeit einer stärker theoretisch orientierten Ausbildung in der Pädagogik. Notwendige organisatorische und personelle Konsequenzen stehen bevor.

Für die wissenschaftliche Ausbildung der Pädagogen ist das „Seminar für Erziehungswissenschaften" (innerhalb der Phil.-Fak.) zuständig; seine Aufgabe ist die der Lehre und Forschung (historisch, vergleichend-systematisch) sowie z. T. die allgemeine Schulpädagogik.

Unabhängig davon existiert das „Pädagogische Institut" (PI) als eigene öffentlichrechtliche Körperschaft. Eine Verbindung zur Universität besteht nur durch die Personalunion der Direktoren mit denen des Seminars. Das PI ist untergliedert in fünf Abteilungen.[1]) Diese Aufteilung soll eine berufspraktisch orientierte Ausbildung leisten (ein Teil der allgemeinen Schulpädagogik, der spez. Fachdidaktiken und der Methodik). Innerhalb des PI sollen jeweils alle Fachdidaktiker ihre Angelegenheiten kollegial unter dem Vorbehalt der Direktorialverfassung regeln.[2])

Im Hinblick auf ein einzurichtendes Gesamtschulsystem kann die Notwendigkeit einer wissenschaftlich orientierten Lehrerbildung nicht mehr bestritten werden. Das beweisen z. B. auch Erfahrungen aus Schweden, wo man zwar die Schule reformierte, nicht aber die Lehrerbildung. Ebenso krankt die Fortentwicklung des Schulsystems in der SU an zu wenig wissenschaftlich ausgebildeten Lehrern. Auf die Praxis der Gegenwart orientierte Ausbildungen reichen nicht mehr aus.

Die Konsequenzen wären stichwortartig:

1. Die Lehrerbildung muß durch ein prinzipiell einheitliches, aber im Hinblick auf stufenspezifische Notwendigkeiten differenziertes Studium geschehen. Möglichkeiten mehrfacher und unterschiedlicher Qualifikationen müssen gegeben sein.

2. Die Ausbildung muß zweiphasig sein, d. h. zur Verhinderung unkritischer Anpassung an traditionelle Verhaltensmuster und Vorurteile muß vor Eintritt in die „Schulwirklichkeit" (Referendariat als zweite Phase) das theoretische Reflexionsvermögen des Lehramtskandidaten soweit vorhanden sein, damit die Möglichkeit der Durchsetzung gegen bestehende Verhältnisse vorhanden ist. Gleichfalls muß dabei verhindert werden, daß eine unkritische Anpassung an gegenwärtige Formen von Universität stattfindet.

3. Besonders dringlich ist ein Verständniserwerb der politischen Funktion der Schule im Gesellschaftssystem sowie eines gesellschaftspolitischen Verständnisses der vermittelten Inhalte.

Die Folgen für die Institutionalisierung der Erziehungwissenschaft liegen auf der Hand: Es muß ein Fachbereich der Universität gegründet werden. Das PI muß u n t e r A u f l ö s u n g darin einbezogen werden.

So etwas sieht der Meins-Plan, genannt nach dem Leiter der Hochschulabteilung, für eine Übergangszeit vor. Die Erziehungswissenschaft soll in 9 Fachbereiche aufgeteilt werden. [3]) Allerdings soll die Erziehungswissenschaft nicht sofort in die Universität eingegliedert werden. Das PI soll weiterleben. Die unsinnige Aufteilung nach Schultypen ist damit vorbei. Dennoch ist die Meinssche Aufteilung mangelhaft. Dazu die Fachschaft: Jede unreflektierte Zusammenfassung von Disziplinen ist a priori willkürlich und erschwert die Kommunikation zwischen den Disziplinen. Eine neue Abschottung, eine neue Erstarrung wäre die Folge. Sinnvoll ist die Installierung beweglicher ad-hoc-Projekt-Gruppen, die vom Abteilungsrat (mit studentischer Drittelparität) zusammengesetzt werden.

Abgesehen von bürokratisch-taktischen Implikationen des Meins-Plans (Prinzip: möglichst den Weg des geringsten Widerstandes) gibt es eine Gegenhypothese (Prof. Roeder auf der Vollversammlung): Ein gewisses überschaubares Maß an starrer Organisation muß sein. Die Lehre sei so zu organisieren. Ferner aber behalte man so besser einen Überblick. Innerhalb der ad-hoc-Gruppen könnten sich sonst schwer überschaubar und unkontrollierbar die alten informellen Gruppen wieder bilden.

Beide Argumente, das revolutionierende und das reformistische sind im Hinblick auf möglichen Erfolg hin unbewiesen. Das letztere Argument hat nur die Person von Roeder für sich.

Die Organisationsfrage legt die Frage nach dem Personal nahe: Die Dozenten des PI — gelegentlich gute Schulpraktiker — haben sich in großer Zahl in ihrem theoretischen Niveau auf einer pragmatischen Ebene verfestigt; eine wissenschaftlich-theoretisch orientierte Lehrerbildung vermögen sie kaum zu leisten. Diese Lehrenden haben die formalen Kriterien für eine Lehrtätigkeit an der Universität überwiegend nicht erfüllt; sie sind lediglich nach beamtenrechtlichen Kriterien als „Wissenschaftliche Räte" (Tarif 13/14) eingestuft. Dementsprechend tragen sie den Titel „Dozenten" und höher „Studienleiter". Das war mit der praktischen Konsequenz verbunden, daß sie teilweise ordinariengleich einen selbständigen Forschungsauftrag erhielten, der sich über eine ganze Disziplin (z. B. Deutschdidaktik) erstreckte. 12 von diesen Personen wurden en bloc über die Tarifstufe A 15 zu Professoren (H 3) ernannt.

Dies war ein reiner Verwaltungsakt. Hinzuzufügen ist, daß spätere PI-Professoren dann nur noch mit Zustimmung der Philosophischen Fakultät diesen würdevollen Titel erreichen konnten.

Aus diesem Federstrich der Vergangenheit und der allgemeinen universitären Nichtqualifikation von Dozenten erklärt sich die Personalmisere des PI. Untersucht man einmal die Arbeitsergebnisse des Lehrkörpers, so zeigt sich, daß — am Normalmaßstab wissenschaftlicher Arbeiten gemessen — das theoretische Niveau der „Schnellbeförderten" erheblich niedriger liegt als das ihrer „ordentlich avan-

Fortsetzung Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

cierten" Kollegen. Andere haben so gut wie keine Veröffentlichungen herausgebracht und sich nur auf die Lehre beschränkt, oder gewichtsweise publiziert.

Dieser Lehrkörper steht nun aus den genannten Gründen als wesentliches Hindernis der Studienreform ebenso entgegen wie er eine notwendige institutionelle Reform erschwert. Ein Teil der Dozenten und Studienleiter meldet (unberechtigte) Ansprüche auf Professoren-Stellen an. Diese heiklen Probleme haben die Behörden bestimmt, das Problem nach Möglichkeit nicht anzurühren.

Die wissenschaftliche Qualifikation reicht häufig nicht für eine „gehobenere" Lehrerausbildung. So versucht man nun, um es auf einen Nenner zu bringen, sich möglichst teuer zu verkaufen. Die Didaktiker fangen an, ihre praktisch orientierte Arbeit zu verwissenschaftlichen, d. h. zu verinnerlichten Theorien zu stilisieren. Bei der Reform der Prüfungsordnung fängt das an. Die Didaktik soll neben der allgemeinen Pädagogik Prüfungsfach werden. Manche sähen sogar gerne die Fachdidaktik als einziges pädagogisches Prüfungsfach. Wenn sich das durchsetzt, sind die alten Anpassungsmechanismen nur erneuert. Einige Wahlfachvertreter haben das noch nicht ganz begriffen und beschränken sich aufs Verhandeln: „Streichen wir hier einen Passus, ein Thema und fügen ein anderes hinzu." Nicht nur wahlfrei soll die gute alte Didaktik geprüft werden, sondern verbindlich.

Trotz dieses Barrikadenbaus des Lehrkörpers wird es noch für einige erhebliche Kopfschmerzen bringen, wenn das PI mit der Umwandlung in einen Fachbereich beginnt. Das ist spätestens mit Inkrafttreten des Hochschulgesetzes der Fall ein Resultat studentischer Initiative.

Die Fronten im Grabenkampf gehen quer durch die Reihen. Die PI-Dozenten ringen um Emanzipation gegenüber dem Seminar. Ferner ist ihr Mißtrauen gegen bereits etablierte PI-Professoren groß. Die wiederum können sich durch eine Universitätsangliederung nur geehrt fühlen: Ihr Posten bekommt ein höheres Ansehen. Aus dem Schuldienst zur Aushilfe abgeordnete Lehrer kämpfen um ihre Gleichstellung mit den PI-Dozenten, weil sie sich Hoffnungen auf einen späten Professoren-Titel machen etc. Was aber eben die Angelegenheit ins Unermeßliche steigert — man könnte ja sonst amüsiert dem Gerangel zusehen — ist die Tatsache, daß diese Konflikte fast gänzlich die inhaltlichen Probleme des Pädagogik-Studiums aus den Köpfen des Lehrkörpers verdrängt haben.

Beispiel: Den ca. 3000 Studenten für das Lehramt an Volks- und Realschulen stehen 50 Lehrende gegenüber. Das Verhältnis ist in sehr grober Annäherung 1:60. Im Einzelfall sieht es viel trauriger aus. Als vorläufige Aushilfe stellte daraufhin die Schulbehörde eine Anzahl von Lehrern aus dem Schuldienst dem PI zur Verfügung. Ende SS 1968 sollten sie ersatzlos abgezogen werden. Betroffenen und Studenten gelang eine Verhinderung des reinen Unvernunftaktes.

Eine entsprechende Zahl von Dauerstellen für Wiss. Räte (A 13/14) wurden sogar geschaffen. Diese aber sollen durch öffentliche Ausschreibungen besetzt werden, da es teilweise unvertretbar wäre, die „Aushilfslehrer" abonnementsweise wie gehabt aufrücken zu lassen. Die Krankheit würde nur verschleppt werden. Dies ganze Unternehmen der Posteneinrichtung nun stieß auf den Widerstand der etablierten Dozenten, denn Wissenschaftliche Räte wären Dozenten gegenüber gleichberechtigt und könnten von diesen nicht mehr als „wissenschaftliche Hilfskräfte" betrachtet und behandelt werden. Hinzu kommt, daß den Dozenten und Studienleitern durch diesen Schritt ihr Standort in der Universität voll verdeutlicht wird. Dagegen sperren sie sich, weil das ihrem Selbstverständnis nach einer Abwertung gleichkommt.

Die studentischen Forderungen (Fachschaft) liegen auf der Hand und sind bescheiden, ja reformistisch: Bei der Umgliederung in einen neuen Fachbereich müßten die PI-Dozenten übernommen werden, da beamtenrechtliche Gründe eine andere Lösung kaum zulassen. Bei der Besetzung neuer Lehrstellen allerdings würde es für den PI-sten-Kreis kritisch. (Sicher ist die Einrichtung von 2 Lehrstühlen, 90prozentig sicher 5 H3-Professoren und 12 A13/14-Stellen und zu 60 Prozent 4 H3- und 4 A13/14-Stellen zusätzlich.) Ohne Abstriche will die Fachschaft folgende Gesichtspunkte realisiert sehen:

1. Jede neue Planstelle ist nach Qualifikationsmaßstäben zu besetzen, wie sie eine moderne Universität der Zukunft zu stellen hat. Das ist relativ wenig, revolutionär geradezu fürs PI.

2. Jede neue Planstelle muß öffentlich ausgeschrieben werden.

3. Die Auswahl der Bewerber trifft eine Kommission mit studentischer Drittelparität.

4. Kein PI-Tätiger hat Anspruch auf Sonderbehandlung, es sei denn im Rahmen von Bleibeverhandlungen ergibt sich außerhalb von Ausschreibungen, daß Betroffene auch professorabel sind.
Auguren lächeln mild an dieser Stelle.

---

[1]) I. Volks- und Realschulen, II. Gewerbeschulen, III. Gymnasien, IV. Hilfs- und Sonderschulen, V. Kaufmännisches Bildungswesen.

[2]) Diese eigentümliche Zwitterstellung des PI zur Universität ist nur historisch zu verstehen als Übergang von der Seminaristischen Lehrerausbildung früherer Zeiten zu einer notwendig wissenschafts-orientierten. Dem PI obliegen bis heute praktische Aufgaben. Dazu gehören auch die speziellen Didaktiken, da sie sich heute bestenfalls im Anfangsstadium einer wissenschaftlichen Begründung befinden. Was dort heute z. T. noch geleistet wird, hat wahrlich nicht das Geringste an einer Universität zu suchen.

[3]) 1. Allgem. Erz.-Wiss. (systematisch, historisch, vergleichend), 2. Allgem. Schulpäd., 3. Sprachdidaktik, 4. hist. u. pol. Didaktik, 5. Didaktik der Math. u. Nat. Wiss., 6. Leibesübungen, 7. Berufspäd. u. Erwachsenenbildung, 8. Sonderpäd., 9. Familien- und Sozialpäd.

Dietrich Böhler

Theorie und Praxis III

Den Modellcharakter der Psychoanalyse und Psychotherapie hatte bereits Jacob Taubes in einer Sendung des 3. Programmes (NDR vom 23. 5. 67) und Karl-Otto Apel in seiner programmatischen Arbeit „Szientifik, Hermeneutik, Ideologiekritik" (zuerst gedruckt in Man and World 1, 1968) kenntlich gemacht. Taubes, der Hegels Phänomenologie und Freud's Psychoanalyse wechselseitig übereinander hinaus interpretierte, schrieb etwa: „Die psychoanalytische Methode versucht, den Patienten, der an Symptomen leidet (die er nicht überwinden kann, solange sie ihm unverständlich bleiben), den konkreten biographischen Erlebniszusammenhang zu verdeutlichen, indem das Symptom entstand.

Taubes versteht die Psychoanalyse zwischen dem szientifischen Erklären objektiver Ursachen und dem hermeneutischen Verstehen subjektiver Sinngehalte als „Sinnanalyse": „Der zerrüttete Sinnzusammenhang der menschlichen Kommunikation soll wieder hergestellt werden." Und zwar durch die Interpretation einer Geschichte mit analytischen Mitteln, die aber ihren Gegenstand, den Patienten, nicht einfach als Objekt einer Analyse sondern als Gesprächspartner betrachtet, dessen Gesprächsfähigkeit stufenweise durch Selbstreflexion zu erweitern ist. Dafür macht der Psychoanalytiker Interpretationsvorschläge der Lebensgeschichte in therapeutischer Absicht. Aber nur die fortschreitende Selbstreflexion des Patienten kann diese Vorschläge als mehr oder weniger zutreffend erweisen und korrigieren.

Eben nach diesem Modell verstehen Apel und Habermas die Ideologiekritik, die für eine künftige Gesellschaftstheorie offenbar zentrale Bedeutung hat. Sie würde die analytisch „erklärenden" Sozialwissenschaften vom Objektivismus ihrer naturwissenschaftlich entlehnten Methodologie befreien, indem sie diese durch historisch-hermeneutisches Verstehen der gesellschaftlich wirksamen Sinngehalte (Wertvorstellungen, Handlungsorientierungen) ergänzt. Sie würde die empirisch-hermeneutisches Verstehen der geweiterhin von ihrem unengagiert wertfreien Charakter lösen, indem sie diese durch sozialphilosophisches Interpretieren einer Gesamtsituation und Entwerfen einer künftigen Gesellschaftsform erweitert. Dann wäre Ideologiekritik, Sozialwissenschaften als Gesprächswissenschaften in praktischer Absicht begründen: „als ‚Psychoanalyse' der menschlichen Sozialgeschichte und als ‚Psychotherapie' der aktuellen Krisen des menschlichen Handelns", wie Apel formuliert hat. In „Erkenntnis und Interesse" will Habermas ein solches Wissenschaftsmodell als reflektiert praxisbezogene und reflektiert engagierte, sich im Gespräch der Kommunikationsgemeinschaft verständigende und korrigierende „Wissenschaft von Menschen" zunächst in wissenschaftstheoretischen „Prolegomena" vorbereiten. Der dabei in Auseinandersetzung mit Freud gewonnene neue Begriff der Ideologiekritik scheint mir von großer praktischer Bedeutung zu sein:

Nicht bloß als „Charaktermaske", „Agent" usw. eines gesellschaftlichen Basismechanismus, sondern als dialogisches Gegenüber wäre der „Gegenstand" der Ideologiekritik wie des von ihr motivierten kritischen Engagements zu fassen, also das kritisierte „Establishment", die Herrschenden samt ihren Interaktionsinstitutionen. Denn auch Letztere sind immer schon durch menschliches Bewußtsein, also durch die Möglichkeit der Selbstreflexion und Selbstkritik vermittelt. Das hatte schon Marx unterschlagen, weshalb ihm Strachey nachrechnen konnte, daß gerade Organisation und Gesellschaftskritik des Proletariats zur Demokratisierung, aber auch zur Erhaltung des kapitalistischen Systems führten. Wo man die eigenen Wirkungen nicht grundsätzlich in Rechnung stellt, sieht man sich unversehens anders integriert, als einem lieb ist, und die Änderung wird halbherzig und halb von den Kritisierten durchgeführt. Wäre es nicht gescheit, wenn das studentische Engagement davon ausginge? Das aber würde voraussetzen, daß es kritischer wäre als bisher, kritischer als die „kritische Theorie" durch Selbstreflexion und als ein Engagement, das in Wissenschaft und Gesellschaft die Bedingungen möglicher Selbstreflexion einbringt und das zu dieser Selbstreflexion provoziert, ja durch Argumente dazu zwingt.

Dann wären meines Erachtens die beiden systematischen Aufgaben des studentischen Engagements, praxisbezogene und reflektiert-engagierte Modelle für die einzelnen Wissenschaften zu erarbeiten und andererseits für die Herstellung der Bedingungen der Möglichkeit solcher Wissenschaften zu arbeiten: also für eine „kritische Universität" als unbegrenzte Kommunikationsgemeinschaft von interessierten Wissenschaftlern und Studenten, die wiederum innerhalb einer informierten und kommunizierenden, interessierten Öffentlichkeit stehen müßte.

Dazu wären aber Informationssysteme nötig. Für den direkten Bereich der Hochschulen kann die 12-Millionen-Stiftung eines Informationssystems im Dienst der Universitätsreform und künftigen Planung (Initiative der VW-Stiftung) ein wichtiger erster Schritt sein.

(Schluß)

Jedoch eine offene, informierte und kommunizierende Gesellschaft könnte nur durch die Errichtung eines Informationssystems verwirklicht werden, an das Presse und Rundfunk nach allgemeiner Regelung anzuschließen wären. Hier, in der demokratischen Institutionalisierung von Information, scheint mir neben der demokratischen Sozialisierung der Produktion, die sich beide offenbar bedingen, das wichtigste Ziel emanzipatorischen Engagements zu liegen. Die wohlverstandene Utopie, Noch-Utopie einer umfassend „kritischen Universität", ist zugleich die Utopie einer offenen Gesellschaft der Information und Mitbestimmung. Auf diese ist eine Universität angewiesen, die nicht nur für sich forschen und lehren sondern auch für alle vorausdenken und entwerfen will, angewiesen. Denn nur eine informierte und kommunizierende, interessierte Öffentlichkeit — das werden, versteht sich, niemals alle, wohl aber die Interessierten sein — kann die Korrekturinstanz von Gesellschaftsentwürfen abgeben. Von ihr hängt schließlich die Durchführung ab und ihre Interessen sollen die Entwürfe ja wahrnehmen.

Im Blick auf das Fernziel von Informationssystemen im Dienst einer informierten und demokratisch kommunizierenden Gesellschaft kamen gegen Ende vorigen Semesters einige Studenten und Publizisten zusammen. Wir orientierten uns zunächst an dem Nahziel einer mit Gewerkschaften zusammenarbeitenden Aktion demokratischer Funk und demokratisches Fernsehen, da es sich hier um Anstalten des öffentlichen Rechts handelt. Als solche reagieren sie und haben (so infolge der Anti-Springer-Kampagne) auf Kritik bisheriger Informationspraxis empfindlich reagiert und gehen seitdem z. T. sorgfältiger mit Nachrichtenmaterial um. Aber m. E. ist das ganze bisherige Nachrichtensystem zu revidieren. Ehe darüber jedoch einige Einzeluntersuchungen — Nachrichtenkritik im Vergleich mit Agenturen, Pressemeldungen und Vergleich einzelner Sender untereinander — erarbeitet sind (denn es gibt praktisch keine publizierten), kann weder mit der „Aktion" selbst noch mit vorbereitenden, aber sinnvollen teach-ins, Diskussionen und Demonstrationen, Artikeln und Buchpublikationen begonnen werden. Die vorausgesetzte Arbeit kann aber nicht von fünf, sechs Leuten geleistet werden. Dazu bedarf es Ihres Engagements. Kommen Sie! Wenden Sie sich an Helmut Jenzsch im Pressereferat AStA, privat: 89 40 46.

Diesem ersten Schritt müßte ein anderer zur Erarbeitung reflektiert-praxisbezogener und reflektiert-engagierter Wissenschaftsmodelle entsprechen, als Beitrag zu einer substantionellen Hochschulveränderung, die nicht nur die Hierarchien sondern auch die Inhalte revolutioniert: die Wissenschaft und Studienpraxis in einer neuen Universität als Wissenschafts- und Studienkommunität.

Wandzeitungen in den Fakultäten als besonderes, Aufsätze im auditorium als allgemeines Forum wären dazu mein Vorschlag.

bücher · bücher · bücher

Jürgen Habermas:
Erkenntnis und Interesse, Theorie 2
15 DM, Suhrkamp

Wenn Erkenntnistheorie die studentischen Massen ergreift, wird sie zur materiellen Gewalt: wenn „radikale Erkenntniskritik nur als Gesellschaftstheorie möglich" ist, so wird die Einsicht dieser Vermittlung nicht ohne Folgen auf den Wissenschaftsprozeß bleiben können.

An „Erkenntnis und Interesse" **ist** zu studieren, daß und wie ein sublimer Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, nicht nur in ihrer unfreiwilligen Funktion, die Wissenschaft in der Gesellschaft hat, sondern bis in die je spezifischen Inhalte hinein, besteht. Habermas rekonstruiert die Vorgeschichte des heutigen Positivismus „in der systematischen Absicht einer Analyse des Zusammenhangs von Erkenntnis und Interesse" (p. 9).

Die Stationen, die zum positivistischen Selbstverständnis der Wissenschaften geführt haben, sind — unzulässig verkürzt — wie folgt zu markieren: Während sich bei Kant das Verhältnis von Wissenschaft und Philosophie nach den Kategorien der Erkenntniskritik bemißt, wird im Hegelschen Idealismus Wissen mit absolutem Wissen als identisch genommen. Hatte Hegel gegen Kant den Horizont einer Selbstkritik der Erkenntniskritik überhaupt erst eröffnet, so verstellt er der Philosophie den Weg, Wissenschaft zu begreifen. Marx nun mißverstand sein eigenes Konzept. Die Selbstreflexion des historischen Materialismus blieb vorschnell auf der Strecke; noch am Gesetzesbegriff ist seine seltsame Affinität zu den blühenden Naturwissenschaften abzulesen.

Auf dem so verlassenen Terrain konnte es dem Positivismus nur allzu gut gelingen, einen „Absolutismus reiner Methodologie" (p. 14) zu errichten.

Daß Kritik als Einheit von Erkenntnis und Interesse möglich und nötig ist, versteht Habermas eindringlich zu belegen.

Bei aller Theorie bleibt aber bei Habermas die Praxis nicht nur theoretisch, wie man gern gegen ihn anführt. Sein Gegner bescheinigt ihm praktische Orientierung, die die Dimension von Erkenntnis transzendiere. Habermas selbst begreift seine wissenschaftliche Arbeit als ein Stück Klassenkampf: die Emanzipation vom Zwang der internen Natur „geschieht nicht unmittelbar durch produktive Tätigkeit, sondern durch die revolutionäre Tätigkeit kämpfender Klassen (einschließlich der kritischen Tätigkeit reflektierender Wissenschaften)" (p. 72). —l

Peter Brückner, Thomas Leithäuser, Werner Kriesel
Psychoanalyse
Zum 60. Geburtstag von Alexander Mitscherlich
Europäische Verlagsanstalt

Mitscherlichs 60. Geburtstag wird den Autoren zum Anlaß der Kritik dieses spätliberalen Sachwalters der Psychoanalyse Sigmund Freuds. Über die Analyse der sozialpsychologischen, psychoanalytischen und psychosomatischen Theorien M.s hinaus gelangen die Autoren zur materialistischen Kritik der psychoanalytischen Theorie und der ihr „politisches Mandat" verdrängenden psychoanalytischen Praxis. Der Nachweis der kategorialen Leitlinie der Evolution, der damit verbundenen Biologisierung von Begriffen wie Bewußtseinsentwicklung, Ich, Triebkonstitution, Aggressivität, Begabung etc., d. h. der Verwechslung von soziologischen mit naturwüchsigen Begriffen im Denken Mitscherlichs wie der orthodoxen Psychoanalyse, schließt dem sozialpsychologischen Denken und der kritischen therapeutischen Praxis hermeneutisch wieder ihre gesellschaftspolitisch bestimmte und auf evolutionäre Praxis verwiesene Sphäre auf.

—sen

Erich Fromm: Der moderne Mensch und seine Zukunft
Europäische Verlagsanstalt

F. nimmt in diesem 1953 entstandenen Werk die in den „Studien über Autorität und Familie" begonnenen und in „Furcht vor der Freiheit" fortgesetzten Untersuchungen über den Sozialcharakter im Kapitalismus wieder auf. Die Pathologie des sich in den Individuen als krankmachend umsetzenden, kapitalistischen Systems erhält ihr Korrektiv in F.'s „Anregungen für das Funktionieren einer gesundeten Gesellschaft". Dieses freilich bleibt unvermittelt, da die Perspektiven der abstrakten Vorstellung des „humanistisch-demokratischen Sozialismus" abgewonnen sind, der bei F. — und dieses Mißverständnis ist für sein gesamtes Spätwerk konstitutiv (vgl. Das Menschenbild bei Marx) — um sein revolutionäres Moment politischer Praxis verkürzt zur bloßen Alternative im Denken der Wahl zwischen diesem und dem „Robotertum" (sowohl von der kapitalistischen als von der kommunistischen Variante) reduziert und zur praxisfernen Hoffnung verklärt wird.

—hch

Mit antiautoritärem Gruß

„Die Revolution kann und darf nicht vor den Toren der Verlagshäuser haltmachen."

(Cohn-Bendit)

Das große Geschäft mit der Linksliteratur hascht nach seinem zweiten Opfer. Erst kürzlich hat Verleger Unseld vom Suhrkamp Verlag im Händel zwischen Kapital und Klassenkampf die reaktionäre Notbremse gezogen und sich von seinem langjährigen Cheflektor Bahlin getrennt. Als Umschlagplätze von revolutionären Gedanken in Ware umklammern die Linksverlage mehr oder minder krampfhaft so programmatisch unversöhnliche Betriebszweige wie die kaufmännische Abteilung und den umstürzlerischen Autoren- und Lektorenflügel, im Rowohlt Verlag, vor allem repräsentiert durch die Lektoren Raddatz und Nicolaus Neumann, der seinen eigenen Apo-Verlag in Berlin erst vor kurzem auflösen mußte, sowie den SDS-Autoren, die sich nur zähneknirschend ihrer Degradierung zur Ware beugen und sich der Herrschaft der kaufmännischen Räson unterwerfen, um ihre Bücher verbreiten zu können.

Dieser verlagsinterne Zündstoff geht jetzt bei Rowohlt in die Luft. Des Verlags linke Kassenmagneten, Amendt, Cohn-Bendit, Lefévre, Nirumand, Rabehl, Roth, Schauer und Dutschke haben Protest telegraphiert und weitere Maßnahmen angekündigt.

Die Herausforderung erging von einer der mittleren Repressalien, die zu den Allüren großer Verlage mitunter hinzugehören — insbesondere von den Allmachtsgefühlen eines Herrn Hintermeier, Vertriebschef bei Rowohlt. Opfer sollte sein eine kleine Buchhandlung in Hamburg, der spartakus, politische Buchhandlung, Schlüterstraße 86.

Erst im August wurde diese Spezialbuchhandlung gegründet, die neue Formen zu erproben sucht, das Buch nicht nur als „Ware" an den Leser zu bringen. Sie beabsichtigt, „kritische und politische Literatur, Dokumentation und Information ins öffentliche Bewußtsein zu bringen, die nach unserer Meinung zur Aufklärung unerläßlich sind." Die „klassischen" sozialistischen Werke, die Theoretiker der neuen Linken und ebenso subversiv-destruktive Literatur und die Moderne werden im „spartakus" vertrieben.

Mit Flugblättern, Wandzeitungen, Diskussionen und Broschüren suchen sie ihre Vorstellungen zu verwirklichen, die drei Genossen vom „spartakus", auch als „Anarchokollektiv" bekannt. Dabei setzen sie sich politisch ab von allen „Bestrebungen, die nichts anderes im Sinn haben als einen zentralistischen Staat zu errichten, in dem die herrschende Unmenschlichkeit unter umgekehrten Vorzeichen ... wieder ersteht".

Dieses Projekt weckte das besondere Interesse von Cheflektor Raddatz, als er gerade vorbeikam, während die Spartakisten ihre Ladenfront zur Eröffnung rot anmalten.

Doch ein Linksverlag ist eine sehr konfuse Institution (s. o.). Rowohlts Vertriebsstab ließ mitteilen, eine Belieferung der suspekten Zeitgenossen käme erst in Frage, wenn die Buchhandlung eingetragenes Mitglied des Börsenvereins sei.

Nach Zureden von Raddatz erklärte sich spartakus bereit, dem Vertriebsverlangen nachzukommen. Die Ereignisse auf der Frankfurter Buchmesse allerdings ließen die Spartakisten davon absehen, diesen Verein mit Beiträgen zu unterstützen.

Bis zu dieser Zeit war für die jungen Buchhändler das Unternehmen hoffnungsvoll angelaufen. Die Verlage hatten sich zumeist großzügig gezeigt und günstige Zahlungsbedingungen (etwa ein viertel Jahr) und Remissionsrecht eingeräumt. Rowohlt gab sogar ein halbes Jahr Kredit.

Doch nach der Buchmesse wurden in Reinbek andere Seiten aufgezogen. Plötzlich galten die Rechnungen nur noch für 30 Tage. Spartakus zahlte die erste Rechnung von 700 DM fristgerecht und glaubte damit zumindest seinen guten Willen bewiesen zu haben; denn die Inhaber befanden sich nach wie vor in Zahlungsschwierigkeiten, hatten doch die ersten Monate nur geringen Umsatz gebracht, speziell in den Semesterferien.

Doch mußte spartakus bald darauf feststellen, daß Bestellungen bei Rowohlt nicht mehr ausgeführt wurden.

Mitte Dezember kam dann sogar ein Ultimatum: Rowohlt forderte sofortige Abschlagszahlung von 2000 DM.

Damit begann die Affäre Rowohlt contra spartakus: Völlig überfordert, gingen die Spartakisten zum Protest über: Sie hängten das Schreiben demonstrativ ins Schaufenster und fügten, als Rowohlt gerichtliche Schritte androhte, noch einen Kommentar hinzu.

Die Reaktion war zweifach: Eine einstweilige Verfügung flatterte ins Haus, auf der ihnen untersagt wurde, „den Antragsteller zu verunglimpfen, insbesondere ihn einen Hosenscheißer zu nennen".

Die andere Maßnahmen kam als rechte Weihnachtsbescherung: Am 24. 12., ohne vorherige Mahnungen, erhielt der spartakus die Mitteilung, daß der Verlag seine Forderungen an die Verleger-Inkasso-Stelle abgetreten habe. Im Begleitschreiben der Anwälte wurde die Zahlungsfrist auf den 31. 12. 1968 festgesetzt, also auf 3 Geschäftstage.

Damit hatte Rowohlt zum Würgegriff angesetzt, denn die Inkasso-Stelle unterrichtet sämtliche Verlage, die daraufhin automatisch nur noch gegen Nachnahme liefern.

Der Spiegel erkannte richtig: Der Zeitpunkt war günstig gewählt: Im Verlag herrschten Weihnachtsferien, von dort konnte vor dem nächsten Jahr keine Aktion kommen.

Doch spartakus ließ sich so leicht nicht mattsetzen. In aller Eile wurde eine Dokumentation Rowohlt contra spartakus in die Öffentlichkeit geworfen. (17 S., 60 Pf). Den Spatakisten ging es nun nicht mehr nur um die eigene Haut.

„So sehr es uns in dieser Sache an den Kragen geht, meinen wir doch, daß es letzten Endes viel wichtiger ist, zu erkennen, wie exemplarisch dieser Fall für unsere Gesellschaftskritik sein kann....

Doch aus der offensichtlichen Dummheit solcher Stümper, wie sie im Vertrieb des Rowohlt-Verlages sitzen, können wir nur lernen:

Kapitalisten bleiben Kapitalisten!

Enteignet Rowohlt."

Die neue Strategie der Spartakisten zielt nun darauf ab, ein Treffen der führenden Rowohlt-Lektoren und der Rowohlt-Links-Autoren zu veranstalten, dessen Thema revolutionäre Umgestaltung des Rowohlt-Betriebes, und/oder Möglichkeiten der Selbstorganisation von linken Produzenten, Verteilern und Konsumenten sein wird.

Christine Radbruch